



.loyal

DAS MAGAZIN FÜR SICHERHEITSPOLITIK

#7/8
2023

4,50 EURO

Alaska

Die USA verstärken die
Präsenz an ihrer Nordflanke

Moldawien

Strategien gegen
Russlands hybriden Krieg

Norwegen

Verteidigungsminister
Bjørn Arild Gram im Interview



Eiskalte Konfrontation

Rund um den Nordpol rüsten die Großmächte auf.
Wird die Arktis der nächste Kriegsschauplatz?



Wir werden
allen Grund zum Lachen
haben.

In der Gothaer Gemeinschaft lachen
Sie die hohen Zuzahlungen einfach weg.

**Bonus für
Verbands-
mitglieder**

**Zahnzusatzversicherungen
Gothaer MediZ Duo 80/90/100**

**Hauptgeschäftsstelle
Jürgen Kroll**

Laupendahler Landstraße 5 · 45239 Essen
Telefon 0201 8793030 · Mobil 0171 4342332
juergen.kroll@gothaer.de



Gothaer
Kraft der Gemeinschaft

Viel Klima, wenig China

Genau 177 Seiten lang war der Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes, den die Bundesregierung nach gefühlt unendlichem Hickhack im Juni in den Bundestag eingebracht hat. 72 Seiten umfasst die Nationale Sicherheitsstrategie, um die in der Ampelkoalition ebenfalls hart gerungen wurde. Nur fiel der Öffentlichkeit das nicht besonders auf – was viel über den Stellenwert der Sicherheitspolitik hierzulande aussagt nach 16 Monaten Krieg in Europa. Mit einem halben Jahr Verspätung wurden die 72 Seiten jetzt schließlich vorgestellt. Wobei man sagen muss, dass es am Ende nicht einmal 72 Seiten sind, wenn man die vielen bunten, oft ganzseitigen Bilder abzieht.

Nun ist die schiere Zahl an Seiten kein Kriterium für ein Meisterwerk, wie Habecks Heizungsgesetz zeigt. Aber ein bisschen substanzieller und konkreter hätte die Formulierung der Nationalen Sicherheitsstrategie schon ausfallen können. Deutschland, so entnimmt man dem Papier, folgt dem Prinzip der integrierten Sicherheit: Alle relevanten Akteure sollen mitbedacht werden. Alle Akteure? Wenn es so ist, dann fragt man sich: Warum wurden nicht die Bundesländer einbezogen, die ein wichtiger Pfeiler unserer Sicherheitsarchitektur sind? Warum gibt es keinen Nationalen Sicherheitsrat? Und warum wird in der Strategie die Reserve nicht mit einem einzigen Wort erwähnt? Dabei ist doch dies richtig: Ohne Reserve geht es nicht. Das hat auch Verteidigungsminister Boris Pistorius mehrfach auf dem Parlamentarischen Abend des Reservistenverbands Ende Juni in Berlin betont.

Relativ wenig findet man in dem Strategiepapier der Bundesregierung auch über China, das ohne Zweifel einer der wichtigsten Faktoren ist, wenn es um Krieg oder Frieden auf der Welt geht. Der Grünen-Politiker Reinhard Bütikofer hat im Umgang der Bundesregierung mit China eine klare Positionierung gegenüber Peking gefordert. „Harmonisches Säuseln und an den Problemen vorbeischwatzen“ sei nicht das Gebot der Stunde, sagte Bütikofer im Hinblick auf die deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen kürzlich.

Das Wort Klima ist im Papier zur Nationalen Sicherheitsstrategie hingegen groß in Mode. Ohne Zweifel können aus dem Klimawandel auch Probleme für die Sicherheit Deutschlands erwachsen. Aber die naheliegenden Sicherheitsthemen sind doch eher die klassischen: der Imperia-

lismus von Staaten wie Russland und China, die sich über internationale Regeln hinwegsetzen zu können und Nachbarn mit Krieg überziehen oder damit drohen. In diesem Zusammenhang sind auch intensive geheimdienstliche Tätigkeiten Moskaus und Pekings in Deutschland zu sehen, die in der nationalen Sicherheitsstrategie kaum eine Rolle spielen, im wenige Tage später vorgelegten Verfassungsschutzbericht dafür umso mehr.

So bleibt die Nationale Sicherheitsstrategie vage. Sie will niemandem wehtun, am wenigsten China. Bleibt die Hoffnung auf konkrete „Ableitungen“, die Minister Pistorius in seiner Rede beim Reservistenverband angekündigt hat. Und die Hoffnung, dass in der Konkretisierung der Strategie mehr von der Bundeswehr und der Reserve im Zusammenhang mit Deutschlands Sicherheit die Rede sein wird.



ANDRÉ UZULIS
Chefredakteur

Inhalt

7/8 2023



Unser Titelbild

Die Funkstation bei Longyearbyen kontrolliert die über der Polarregion kreisenden Satelliten und ist damit ein strategisch wichtiges Objekt.



TITEL

Arktis

- 8 NATO-Achillesferse**
Eine Einnahme Spitzbergens wäre entscheidend für Russland, um in den Nordatlantik vordringen zu können.
- 18 Unberechenbarer Nachbar**
Norwegens Verteidigungsminister Bjørn Arild Gram im Interview zur Bedrohung durch Russland in der Arktis.

- 22 Neue Nordfront**
Lange war die Polarregion für die US-Streitkräfte von nachrangiger Bedeutung. Das hat sich geändert.

BLICKPUNKT

- 26 Geostrategischer Raum**
Die Arktis samt ihrer Schifffahrtswege wird zum Spielfeld der Großmächte.

GESELLSCHAFT

- 28 Militärkultur**
Frankreichs und Deutschlands Streitkräfte pflegen jeweils sehr unterschiedliche Selbstbilder – ein Vergleich.



LOYAL-GESPRÄCH

- 32 „Schnell nach Europa“**
Der moldawische Botschafter in Berlin, Aureliu Ciocoi, über die Lage seines Landes zwischen den Fronten.

WISSEN

- 38 Bücher zum Sommer**
Neues zur Geschichte der Bundeswehr, deutsche Kriegsfreiwillige in der Ukraine – und weitere Lesetipps der Redaktion.

FORUM RESERVE

- 44 Parlamentarischer Abend**
Die Reserve lud zum Parlamentarischen Abend. Hauptgast war Verteidigungsminister Boris Pistorius.

Impressum



54 Dienstpflicht-Debatte
Eine Dienstpflicht könnte vorteilhaft sein für die deutsche Volkswirtschaft.

56 Högl besucht Reserve
Die Wehrbeauftragte war Gast bei der RK Wingst und Umgebung.

Aus den Landesgruppen

63 Baden-Württemberg
Beim Leistungsmarsch der Kreisgruppe Mittlerer Oberrhein kollabierte ein Teilnehmer. Kameraden konnten ihn retten.

5 IMPRESSUM

6 FORUM/GASTKOMMENTAR

36 NACHRICHTEN

Fotos: Stephan Pramme (2); SaintCy/Coet via Twitter.

LOYAL – DAS MAGAZIN FÜR SICHERHEITSPOLITIK
erscheint elf Mal jährlich mit ständigem Heftteil
Die Reserve

HERAUSGEBER
Wolfgang Wehrend
Vizepräsident für Kommunikation und digitale Transformation

Verband der Reservisten der Deutschen
Bundeswehr e.V.
Zeppelinstraße 7 A, 53177 Bonn
Postfach 20 14 64, 53144 Bonn
Telefon 0228 / 2 59 09-0, Fax 02 28 / 2 59 09-29
www.reservistenverband.de
info@reservistenverband.de

REDAKTION
Dr. André Uzulis (uz), Chefredakteur
Tel. 069 / 75 91-23 92
andre.uzulis@fazit.de

Björn Müller (bm), Redakteur
Tel. 069 / 75 91-23 95
bjorn.mueller@fazit.de

Dr. Julia Egleder (je), Redakteurin
Tel. 069 / 75 91-30 39
julia.egleder@fazit.de

GESTALTUNG & LAYOUT / ARTDIREKTION
Ruwen Kopp

ANSCHRIFT DES VERLAGS
Fazit Communication GmbH
Pariser Str. 1, 60486 Frankfurt am Main
Fax 069 / 75 91-26 73
Geschäftsführung: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

VERTRIEB & ABOVERWALTUNG
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon 089 / 8 58 53-832, Fax 089 / 8 58 53-68 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de
ISSN 0343-0103 7805

BEZUGSPREIS
Das Jahresabonnement umfasst elf Ausgaben und kostet im Inland 45 Euro (inklusive MwSt. und Versand). Es verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird. Die Abonnementpreise sind fest gebundene Ladenpreise.

ANZEIGENVERKAUF
Jürgen Vehling (verantwortlich)
Reservisten Service GmbH
Zeppelinstraße 7a, 53177 Bonn
Telefon 0172 / 6 27 64 19
E-Mail: RSG@reservistenverband.de
www.reservisten-service.de

ANZEIGENVERWALTUNG & DISPOSITION
Fazit Communication GmbH,
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon 089 / 8 58 53-836, Fax 089 / 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

DRUCK
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Rezensionen kann keine Haftung übernommen werden. Die mit Namen oder Verfasserzeichen versehenen Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion, des Verbands oder des Verlags. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

AUFLAGE DIESER AUSGABE
125.350

VERBANDSKOMMUNIKATION
Nadja Klöpping (Leitung), Telefon 0228 / 2 59 09-20
zgl. Ansprechpartner für loyal

DIE RESERVE
REDAKTIONELLE LEITUNG
Benjamin Vorhölder

REDAKTION
Nadja Klöpping, Sören Peters, Julian Hückelheim,
Florian Rode, Julia Spieß (Praktikantin)

GESTALTUNG & LAYOUT
Julia Spieß, Benjamin Vorhölder, Gina Patan

REDAKTIONSANSCHRIFT
Reservistenverband / loyal
Zeppelinstr. 7A, 53177 Bonn, Telefon 0228 / 2 59 09-20
presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR FORUM RESERVE
Benjamin Vorhölder
c/o Reservistenverband, Bundesgeschäftsstelle
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn
Telefon 0228 / 2 59 09-26, Fax 0228 / 2 59 09-29
b.vorhoelder@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG
Johann Michael Bruhn, Lembergerweg 23
74392 Freudental, Telefon 07143 / 88 10 26
baden-wuerttemberg.presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR BAYERN
Harald Emmerling, Landesgeschäftsstelle Bayern,
Postfach 1264-RES, 82242 Fürstenfeldbruck,
Mobil 0172 / 8 10 33 47, bayern@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR BERLIN
Dr. Sebastian Söllner, Landesgeschäftsstelle Berlin,
Kurt-Schumacher-Damm 41, 13405 Berlin,
Telefon 030 / 49 81 30 23, berlin@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR BRANDENBURG
Ronald Nitschke, Paul-Wegener-Straße 7
14480 Potsdam, Mobil 0170 / 6 97 47 77
brandenburg.presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR BREMEN
Hinnerk Brüning, Falkenberger Landstraße 95 b
28865 Lilienthal, Mobil 0160 / 99 22 70 25
bruening_falkenberg@yahoo.de

VERANTWORTLICH FÜR HAMBURG
Karsten Bebensee, Hoogezeand-Sappemeer-Ring 37
21502 Geesthacht, Mobil 0177 / 7 59 89 01
hamburg.presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR HESSEN
Prof. Dr. phil. h.c. Michael Ruiss,
Meisengasse 28, 60313 Frankfurt am Main,
Telefon 069 / 97 67 18 82, Mobil 0163 / 6 00 50 00
hessen.presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN
Peter Schur, Landesgeschäftsstelle Mecklenburg-
Vorpommern, Werder-Kaserne, Walther-Rathenau-
Straße 2a, 19055 Schwerin, Telefon 0385 / 55 52 67
schur-schwerin@t-online.de

VERANTWORTLICH FÜR NIEDERSACHSEN
Alfred Claußen, Ziegelweg 6
26188 Edevecht-Friedrichsehn
Mobil 0160 / 98 03 68 64
AlfredClausen@ReserveNiedersachsen.de

VERANTWORTLICH FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN
Daniel Rasch, Landesgeschäftsstelle Nordrhein-
Westfalen, Vogelsanger Weg 80, Green Office,
40470 Düsseldorf, Telefon 0211 / 5150 880
nordrhein-westfalen@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR RHEINLAND-PFALZ
Michael Sauer, Landesgeschäftsstelle Rheinl.-Pfalz
Kurmainz-Kaserne, Postfach 4369, 55033 Mainz,
Mobil 0160 / 96 65 65 66
michaels.sauer@t-online.de

VERANTWORTLICH FÜR DAS SAARLAND
Werner Theis, Landesgeschäftsstelle Saarland
Dillinger Straße 7, 66822 Lebach
Telefon: 06881 / 5 23 78
wernertheis60@t-online.de

VERANTWORTLICH FÜR SACHSEN
Michael Reinwaldt, Landesgeschäftsstelle Sachsen
August-Bebel-Straße 19, Gebäude 019
01219 Dresden, Mobil 0174 / 9 06 63 97
reinwaldt@reservistenverband-sachsen.de

VERANTWORTLICH FÜR SACHSEN-ANHALT
Tobias Krull, Schillerstraße 45, 39108 Magdeburg
Mobil 0172 / 3 21 02 80, Fax 0391 / 5 40 27 80
sachsen-anhalt.presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN
Landesgeschäftsstelle Schleswig-Holstein
Oliver Muhs, Telefon 0431 / 23 93 55 03
1.stv_vorsitzender@lgrp-sh.de

VERANTWORTLICH FÜR THÜRINGEN
Jörg Heise, Unter der Mühle 230
99100 Bismarck, Mobil 0173 / 3 71 70 47
thueringen.presse@reservistenverband.de

Briefe an die Redaktion



Zu: „Rüstung unter Druck“,
loyal 6/2023

Bürokratie der Bürokratie wegen

Durch die erneut sehr interessante Lektüre von *loyal* habe ich endlich Sinn und Zweck des Beschaffungsamtes der Bundeswehr in Koblenz nachvollziehen können. Nicht die effiziente und möglichst zügige Bereitstellung von Material für unsere Streitkräfte ist die Existenzberechtigung dieses Amtes. Vielmehr ist die einwandfreie und exakte Bereitstellung von Zahlenmaterial für die buchhalterische und fiskalische Kontrolle durch eine weitere Behörde, nämlich den Rechnungshof, die Kernaufgabe.

Es handelt sich um Bürokratie der Bürokratie wegen, um die Relevanz als öffentliche Institution zu rechtfertigen. Dann dürfte endlich für uns klar sein, warum das mit der Ausstattung unserer Bundeswehr so „hervorragend“ funktioniert. Erschreckend ist jedoch, dass dieses deutsche System Bewunderer und Nachahmer im europäischen Umfeld gefunden hat.

Christian Sander, Lt d. R.



Zu Pro & Contra: „Zivilklausel“,
loyal 6/2023

Noch zeitgemäß?

Dass einige Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen sich verpflichtet haben, ausschließlich für die zivile Nutzung zu forschen, ist verständlich. Ist diese Einstellung aber noch zeitgemäß? Oder ist es mehr denn je eher notwendig, demokratische Errungenschaften zu verteidigen? Ich meine: Ja.

Forschung dürfte nicht automatisch bedeuten, sich an einem Krieg unmittelbar zu beteiligen. Doch aktuelle Entwicklungen sind nun mal so zu werten, dass kriegerische Ereignisse vor Universitäten keinen Halt machen. Nichtsdestotrotz gilt es, weiterhin Forschung im friedlichen Sinne anzustreben.

Edeltraut Wolf, Dresden

Zügelloses Militär ausgeschlossen

Zivilklauseln für Hochschulen sind in der gleichen Kategorie zu sehen wie Kooperationsverbote für Schulen. Beide Ansätze, welche jeweils auf eine vermeintliche Militarisierung der Einrichtungen zielen, verkennen, dass die Bundesrepublik ein seit

Gründung der Bundeswehr einzigartiges Konstrukt kennt: den verfassungsmäßigen Parlamentsvorbehalt der Streitkräfte. Allein dadurch ist ein, wie von Befürwortern oft verkannt wird, zügelloses Wirken des Militärs ausgeschlossen. Aus dogmatischen politischen Haltungen dürfen daher Hochschulen und Schulen in ihrem Wirken nicht beschränkt werden. Zumal veränderte geopolitische Lagen ein Umdenken erfordern. Daher ist die Abschaffung von Zivilklauseln und Kooperationsverboten zu begrüßen.

René Brandt, OberstLt. d.R. und
Andreas Rettig, OberstLt. d.R.



Zu: „Die Rückkehr der Sanitätszüge“, loyal 6/2023

Oberleitung verwundbar

Der Ansatz ist nachhaltig, denn nur Schiffe haben höhere Transportkapazitäten als die Bahn.

Hoffentlich bestellt man zu den Umrüstsätzen für die ICE 3 gleich leistungsstarke Diesellokomotiven mit, die diese elektrisch angetriebenen San-ICEs dann bis in Gebiete ziehen, in denen wir die Lufthoheit haben. Die fragile elektrische Oberleitung ist nämlich recht verwundbar, selbst bei Nahtreffern. Und nicht zuletzt sind Kraftwerke und Umspannstationen primäre Ziele, wie uns der aktuelle Krieg lehrt. Der Diesellok-Bestand der Deutschen

Bahn ist alt, die leistungsfähigsten Maschinen sind sowjetischer Bauart, wurden seit den 1970er-Jahren in Lugansk (!) gebaut und von der DDR-Reichsbahn übernommen.

Lars Armstroff, KptLt d.R.



Zu: „Reise in die Welt der Esoterikfans und Reichsbürger“,
loyal 6/2023

Verfehlt Migrationpolitik

Die katastrophalen Folgen einer verfehlten Migrationspolitik als Verschwörungsmythos zu bezeichnen, grenzt meiner Meinung nach an Volksverdummung. Man braucht nicht unbedingt verzweifelte Landräte oder Bürgermeister zu kontaktieren – es reicht, mit offenen Augen, Ohren und wachem Sinn den Puls unseres geprüften Landes zu begleiten.

Wolfgang Schmidt, Hfw d.R.

Die Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Von den Zuschriften, die uns zu jedem Heft erreichen, können wir nur einen Teil veröffentlichen. Dabei ist es nicht entscheidend, ob sie Kritik oder Zustimmung enthalten. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Ihre Meinung zu unseren Themen ist uns wichtig. Wünsche, Anregungen und Meinungsäußerungen senden Sie bitte an: loyal-magazin@fazit.de

„Weniger Formaldienst“

Ist der Formaldienst, der auch heute noch wichtiger Bestandteil der militärischen Ausbildung ist, angesichts der Herausforderungen moderner Kriegsführung noch zeitgemäß? İlhan Akcay, Soldat der Fallschirmjägertruppe, findet: Nein.



İlhan Akcay

Oberleutnant der Fallschirmjägertruppe

Es ist eine Szenerie, die vielen von uns vertraut ist: Eine Gruppe Soldaten bewegt sich auf einem Paradeplatz in präziser Formation, geleitet von Kommandos. Formaldienst ist ein Bestandteil der militärischen Ausbildung, der nicht wegzudenken ist. Abgeleitet aus dem Exerzieren, war er ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildung zur Linientaktik des 18. Jahrhunderts. Dabei wurden die Truppen in parallelen Linien aufgestellt, um eine große Feuerkraft zu erzielen. Entscheidend für den Erfolg war somit der Drill schneller und präziser Bewegungen in Formation. Die Soldaten mussten sehr diszipliniert sein, um die Linie zu halten und das Feuer auf den Geg-

ner zu eröffnen. Ultimativer Gehorsam war nötig. Die Weiterentwicklung von Feuerwaffen und der Einsatz von Artillerie machten die Linientaktik schließlich im Laufe des 19. Jahrhunderts obsolet.

Im Vergleich dazu ist das moderne Gefecht geprägt durch Mobilität, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Einheiten und Verbände werden nicht mehr in starren Formationen aufgestellt, sondern gehen selbstständig in Deckung, bewegen sich geländeangepasst und nicht in exakten Linien. Und vor allem: moderne Soldaten sollen nicht auf Befehle warten, sondern selbstständig im Sinne der Führung handeln. All diese Dinge stehen im Gegensatz zur Linientaktik und somit auch zum Formaldienst.

Das, was geübt wird, prägt sich auch ein. Beim Formaldienst lernen Soldaten Befehle ohne Nachfrage zu befolgen und, dass schöne geometrische Formen wichtiger sind als Praktikabilität. Doch in einer schnelllebigen und sich ständig ändernden Gefechtslage ist es wichtig, flexibel und anpassungsfähig zu sein, unkonventionell zu denken und sich nicht von der Ästhetik exakter Karrees ablenken zu lassen.

Angesichts begrenzter Ressourcen, insbesondere knapper Zeit, sollten wir unsere Ausbildung auf die bestmögliche Vorbereitung unserer Soldaten für das Gefechtsfeld konzentrieren und die Zeit für Formaldienst minimieren. Alles, was vermeintlich durch Formaldienst vermittelt wird, wie Disziplin und Zusammenhalt, kann besser im Gefechtsdienst, mit Bezug zur Realität, vermittelt werden. Wir brauchen nicht den Soldaten und die Soldatin, die stillstehen und sich exakt bewegen können, wenn der Führer der Paradeaufstellung das befiehlt. Wir brauchen Soldaten, die selbstständig und ohne Supervision Aufträge im Sinne der übergeordneten Führung erfüllen.

Wir sollten also mehr Gefechtsdienst und weniger Formaldienst wagen. ■

Schwarzer Qualm vor der weißen Kulisse der Hohen Arktis: Das Kohlekraftwerk im russischen Barentsburg auf Spitzbergen.



TITEL

DIE ACHILLESFERSE DER NATO

Die zu Norwegen gehörende Inselgruppe Spitzbergen in der Hohen Arktis hat – obwohl entmilitarisiert – größte strategische Bedeutung. Nur hier gibt es auf dem Gebiet eines NATO-Staats eine rein russische Siedlung. Moskau hat ein Auge auf das ganze Archipel geworfen. Experten warnen: Spitzbergen könnte zur Krim des Nordens werden.



Natalya Neznanova in der Besucher-
Kau des Bergwerks Barentsburg.
Hier werden Minenbesucher
eingekleidet. Die Geologin wird
nächstes Jahr nach Hause gehen
– nach Donezk.

Die Welt von Natalya Neznanova ist schwarz und weiß. Schwarz ist ihr Arbeitsalltag, weiß sind die Nächte. Ihr Arbeitsplatz liegt tief unter der Erde. Im Kohlebergwerk von Barentsburg nimmt die Geologin Messungen an den Kohleflözen vor und entscheidet, welche Strecke sich lohnt weiter abgebaut zu werden. 36 Kilometer Stollen bis zu 484 Meter unter der Erdoberfläche, das ist die eine Seite der Welt von Natalya Neznanova, die schwarze.

Die weiße Seite sieht sie von ihrem Büro im Verwaltungsgebäude der russischen Minengesellschaft Arktikugol in Barentsburg: schneebedeckte Wege, weiße Berghänge, das glitzernde Wasser des Grönfjords, vier Monate im Jahr Polartag. Dann ist es 24 Stunden am Tag hell.

Morgens, nachdem sie im Schlafzimmer ihrer Plattenbauwohnung aufgewacht ist, öffnet sie das Fenster, lässt die eiskalte Luft hinein und lauscht dem Piepsen der Schneeammern, jener spatengroßen Vögel, die zum charakteristischen Federvieh auf Spitzbergen gehören. Abends vor dem Einschlafen träumt Natalya Neznanova von einem Rosengarten am Haus ihrer Heimatstadt Donezk im Donbass. Dort herrscht Krieg. Hier aber, am Rand der bewohnten Welt, ist tiefster Frieden. Bis jetzt jedenfalls. Noch ein Jahr, dann geht die 60-Jährige in den Ruhestand, dann kehrt sie nach Donezk zurück – an einen Ort, von dem sie heute nicht weiß, wie er aussehen wird, ja, von dem man nicht einmal sagen kann, wer dann dort das Sagen hat. Wird Donezk immer noch von Russen besetzt sein? Oder werden sich die Ukrainer ihr Land zurückgeholt haben?



In Barentsburg werden jährlich 125.000 Tonnen Kohle gefördert – zu wenig, um rentabel zu sein. Russland hat andere Interessen auf Spitzbergen.

Natalya Neznanova arbeitet seit 2017 in Barentsburg. Es ist erst ihre dritte Stelle im Leben. Sie hat es immer lange ausgehalten bei den wenigen Arbeitgebern, die sie hatte. Nach dem Studium am Polytechnikum hat sie 25 Jahre lang in einem Bergwerk im Donbass gearbeitet. Hier in Barentsburg ist sie die einzige Frau, die in die Schächte einfährt. Die Kumpel schätzen sie. Sie ist handfest und humorvoll.

Die Kumpel, das sind 54 Bergleute, die jährlich 125.000 Tonnen Kohle aus dem Untergrund von Barentsburg kratzen – Russen und Ukrainer. Der Krieg in der Ukraine ist tabu zwischen ihnen. Darüber spricht man nicht, es wäre nicht gut. Unter Tage muss man sich aufeinander verlassen, zumal die Grube als gefährlich gilt. Auch die *loyal*-Reporter müssen bei ihrem Besuch in den Stollen eine Flasche Sauerstoff dabei haben. Natalya Neznanova warnt vor Kohlestaubexplosionen. Vor zehn Jahren hat es hier ein Feuer gegeben.

125.000 Tonnen Jahresproduktion – das ist nicht viel, zumal 30.000 Tonnen davon sogleich im Kohlekraftwerk nebenan verheizt werden. Trotz der arktischen Temperaturen ist es in den Plattenbauten von Barentsburg, ▶



Konstantin Turinsky leitet das Bergwerk in Barentsburg. Er will nicht sagen, wohin die geförderte Kohle geht.

in der Kantine der Bergleute, im Hotel und im Kultur- und Sportzentrum brütend warm. Die Heizungen lassen sich nicht abdrehen. Wärme aus Kohlekraft ist im Übermaß vorhanden, der Schornstein des Kraftwerks bläst unterbrochen schwarzen Qualm in den Polarhimmel.

Im Grunde sind die verbleibenden 95.000 Tonnen Kohle, die in den Export gehen, ein Witz. Zum Vergleich: Als die Norweger bis vor wenigen Jahren noch die Grube Svea südlich der Inselhauptstadt Longyearbyen betrieben, holten sie in Spitzenzeiten jährlich vier Millionen Tonnen Kohle aus dem Berg. Die defizitäre russische Grube in Barentsburg ist wirtschaftlich ein Zuschussgeschäft für den Staatskonzern Arktikugol, der sich „Trust“ nennt, als herrsche in Russland reinster Kapitalismus. Bergwerks-

leiter Konstantin Turinsky will nicht sagen, wohin die paar Zehntausend Tonnen aus seiner Zeche gehen. Das sei geheim. Am liebsten möchte Turinsky *loyal* gar nichts sagen, schon gar nichts über Politik. Immerhin ist ihm eine Information wichtig: „Wir finanzieren die Gemeinde Barentsburg und wir betreiben neben der Mine einen touristischen Zweig, betreuen die Besucher, die hierher kommen.“

Barentsburg hat knapp 400 Einwohner. In dem überdimensionierten russischen Konsulat sollen Geheimagenten arbeiten, heißt es auf norwegischer Seite. Seit 90 Jahren wird in Barentsburg Kohle gefördert. Vor arktischer Kulisse wurden zu Sowjetzeiten Plattenbauten errichtet, davor steht noch heute eine Lenin-Statue. Russische und Sowjet-Flaggen wehen an jedem Gebäude. Die Zeit scheint stehen geblieben. In der Kantine des „Trusts“ gibt es subventioniertes Mittagessen, umgerechnet keine drei Euro der Teller, inklusive Nachspeise und Getränke. Abgerechnet wird bargeldlos in Rubel. Im russischen Fernsehen im Hotelzimmer laufen Propagandasendungen. Zu sehen ist die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs in der von Russen dem Erdboden gleichgemachten Stadt Mariupol am Asowschen Meer; die Straßenbahn ist ebenfalls geschmückt mit weiß-blau-roten Fahnen und voller fröhlicher Menschen. Nicht zu sehen sind die enormen Zerstörungen durch die Russen. Am 1. Mai gab es in Barentsburg wie überall in Russland eine Siegesparade – mit Schneemobilen und SUVs. Die norwegische Inselverwaltung war darüber nicht erfreut. Die Norweger sahen darin eine militärische Demonstration. Auf dem Archipel ist alles Militärische durch den Spitzbergen-Vertrag von 1920 verboten.

Schwarz und weiß ist nicht nur die Welt von Bergwerksgeologin Natalya Neznanova, sondern auch die politische Welt auf Spitzbergen. Norweger und Russen leben auf der Insel nicht mehr wie in den Jahrzehnten zuvor miteinander, sondern Rücken an Rücken. Seit dem Ukraine-Krieg herrscht Nacht in den norwegisch-russischen Beziehungen. Alle offiziellen Kontakte wurden abgebrochen. Spricht man mit jungen Russen in Barentsburg, so kommen indes überraschend kritische Aussagen, die im Gegensatz zur offiziellen Propaganda stehen. Nicht alles, was die Russen sagen, sollen wir veröffentlichen.

Varvara (ihren Familiennamen möchte sie aus Angst vor Repression nicht in *loyal* lesen) beispielsweise arbei-

„Es ist wichtig, der Welt zu sagen, wie wir Russen wirklich denken.“



Als wäre die Zeit stehen geblieben: Plattenbauten vor arktischer Kulisse in Barentsburg. Davor ein Denkmal von Wladimir Iljitsch Lenin.

tet unter anderem für das Museum in Barentsburg, in dem viel patriotischer Klimbim von der Eroberung der Arktis durch Russen zu sehen ist. Die 30-Jährige aus Samara an der Wolga hat in Moskau Geschichte studiert und dort in Museen gearbeitet. Seit einem Jahr ist sie in Barentsburg. Sie sagt: „Die meisten Russen sind gegen den Krieg. Er ist für uns in Russland eine große Tragödie.“ Nicht nur die Ukrainer, auch die Russen hätten ihr Land verloren, im übertragenen Sinne. „Es ist wichtig, der Welt zu sagen, wie wir Russen wirklich denken.“ Varvara geht nach einem Jahr weg von Spitzbergen. Sie geht nicht zurück nach Moskau, sondern ganz weit weg, ans andere Ende, in den fernen Osten Russlands.

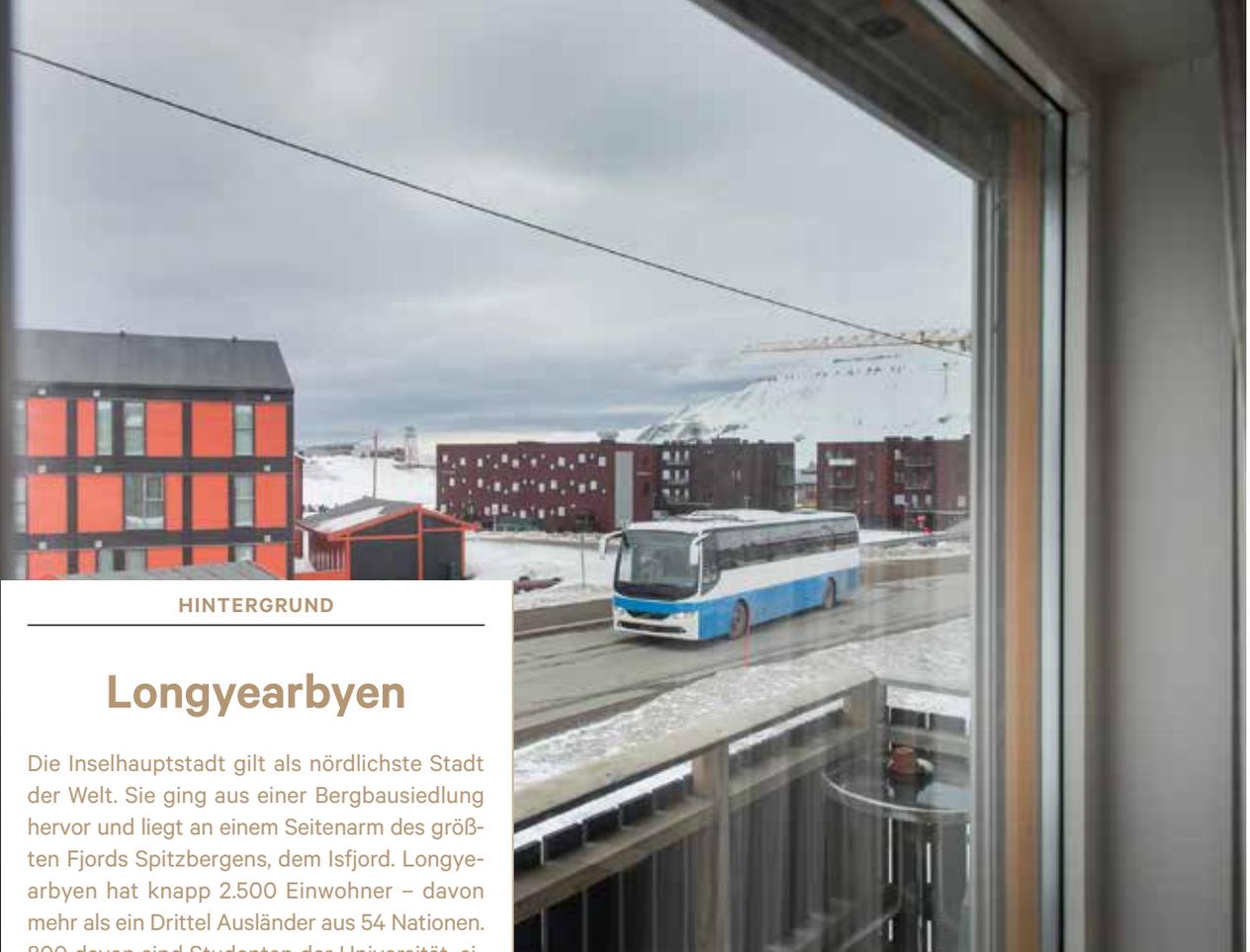
Für die Russen ist das Bergwerk in Barentsburg eine strategische Frage. Der Spitzbergen-Vertrag gibt ihnen das Recht, hier, auf dem Gebiet des NATO-Mitglieds Norwegen, Kohle zu fördern. Ob es rentabel ist, darauf kommt es nicht an. Selbst wenn sie nur eine Tonne Kohle im Jahr produzierten, blieben sie im Besitz ihrer Rechte. Deshalb sind die Russen auch nach Pyramiden zurückgekehrt, einer ehemaligen Bergwerksstadt auf Spitzbergen, heute ein Lost Place. Sie haben dort, kurz bevor ihre Rechte ausgelaufen wären, ein Hotel wiedereröffnet. Es zieht Touristen an, die ein Faible für Geisterstädte haben.

In der 60 Kilometer von Barentsburg entfernten Inselhauptstadt Longyearbyen, die von der russischen Siedlung nur mit dem Schiff oder dem Schneemobil ▶

HINTERGRUND

Spitzbergen-Vertrag

Bis ins 20. Jahrhundert war Spitzbergen Niemandland. Im Rahmen der Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg fand in Paris eine Konferenz statt, die den Status des Archipels klärte. Norwegen verhandelte geschickt und konnte sich die Zustimmung Russlands sichern, dessen neue bolschewistische Regierung es als einer der ersten anerkannt hatte. Im Gegenzug unterstützte Lenin trotz eigener Interessen Norwegens Bestrebungen, die Hoheit über Spitzbergen zu erlangen. Durch den Spitzbergen-Vertrag vom 9. Februar 1920 wurde die Inselgruppe Teil Norwegens. Der Vertrag trat 1925 in Kraft. Darin wurde die Stationierung von Militär verboten. Die Vertragsstaaten dürfen auf der Insel wirtschaften. Stellen sie diese Tätigkeit ein, verlieren sie ihre Rechte. Nach und nach unterzeichneten 50 Staaten das Abkommen, darunter Deutschland im Jahr 1925. Neben Norwegen übt aktuell nur Russland die daraus resultierenden Rechte aus, indem es in Barentsburg ein Kohlebergwerk und in Pyramiden ein Hotel betreibt. Der Spitzbergen-Vertrag ist das letzte heute noch völkerrechtlich gültige Abkommen aus der Zeit der Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg, von denen der Versailler Vertrag der bekannteste ist.



HINTERGRUND

Longyearbyen

Die Inselhauptstadt gilt als nördlichste Stadt der Welt. Sie ging aus einer Bergbausiedlung hervor und liegt an einem Seitenarm des größten Fjords Spitzbergens, dem Isfjord. Longyearbyen hat knapp 2.500 Einwohner – davon mehr als ein Drittel Ausländer aus 54 Nationen. 800 davon sind Studenten der Universität, einer Außenstelle der Universitäten Oslo, Bergen und Tromsø. Die Bevölkerung der Stadt ist daher vergleichsweise jung. Umgangssprache ist Englisch, Amtssprache Norwegisch.

Neben Wissenschaft und Forschung wird der Tourismus zu einer immer wichtigeren Erwerbsquelle. Viele Expeditionskreuzfahrtschiffe laufen Longyearbyen an. Der Kohlebergbau wird nur noch in einer Mine außerhalb der Stadt betrieben. Sie sollte längst geschlossen werden, doch die gestiegenen Kohlepreise führten zu einer Verlängerung bis 2025. Der nahe gelegene Flughafen ist der einzige des Archipels und wird täglich vom Festland angefliegen. Oberhalb der Stadt befindet sich auf einem Berggrücken eine von zwei Funkstationen auf der Welt, die Satelliten in polaren Umlaufbahnen überwachen. Die auf Spitzbergen gilt als strategisch extrem wichtig. Die zweite Station liegt im norwegischen Teil der Antarktis.

Longyearbyen ist Sitz des Sysselmeisters, des norwegischen Regierungsrepräsentanten. Es gibt ein Kulturzentrum, zwei Museen, einen Kindergarten und eine Schule, eine Kirche, ein Krankenhaus, ein Fitnessstudio, eine kleine Fußgängerzone mit Shops und Cafés und sowohl den nördlichsten Supermarkt als auch die nördlichste Tankstelle der Welt. Vom 11. November bis 30. Januar herrscht in Longyearbyen die Polarnacht; dann ist es 24 Stunden am Tag dunkel. Vom 20. April bis 22. August ist es während des Polartags ununterbrochen hell.



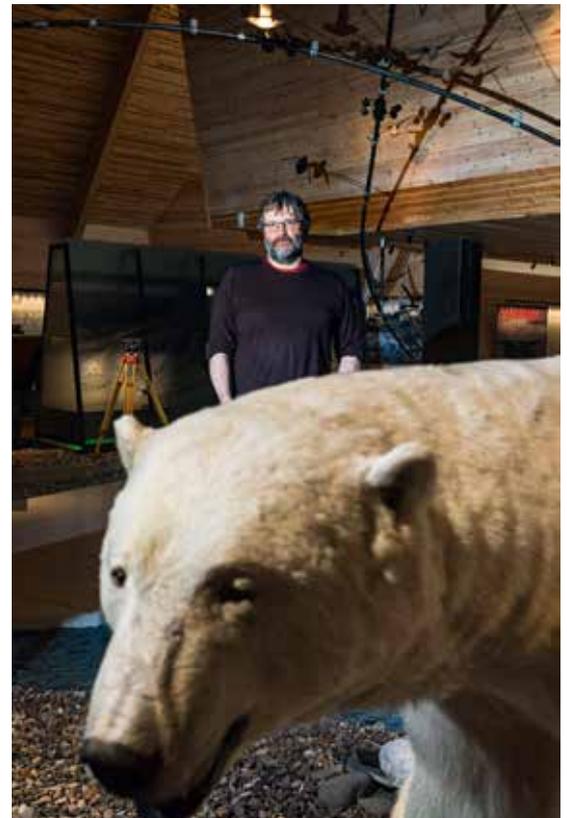
zu erreichen ist, denn Landstraßen gibt es auf Spitzbergen nicht, blickt man mit Sorge auf die weltpolitische Lage. Eystein Markusson, der Leiter des Inselmuseums, nimmt kein Blatt vor den Mund: „Russland ist ein imperialistischer Staat. Sie werden nie aus Svalbard (Spitzbergen) abziehen, denn wir sind strategisch zu wichtig für sie. Von hier aus wird der Weg nach Murmansk kontrolliert.“

Murmansk liegt auf der russischen Arktik-Halbinsel Kola, es ist die Heimat der russischen Nordflotte inklusive der strategischen U-Boote. Wenn diese Flotte in den Nordatlantik auslaufen will, muss sie zwei Nadelöhre passieren, auf die die NATO die Hand hält: zum einen die Linie Spitzbergen-Bäreninsel-Nordkap, zum anderen den sogenannten GIUK-Graben, die Linie zwischen Grönland, Island und Großbritannien. Im Fall eines Krieges zwischen der NATO und Russland sehen die NATO-Planungen eine Schließung dieser beiden Nadelöhre vor. Russland müsste als erstes versuchen, Spitzbergen unter Kontrolle zu bekommen, um die Weiterfahrt seiner Kriegsschiffe in NATO-Gewässer zu ermöglichen. Weil aber auf Spitzbergen selbst kein Militär stationiert werden darf, gilt die Inselgruppe als Achillesferse des Westens.

Der Arktis-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Michael Paul, kann sich für Spitzbergen ein ähnliches Szenario wie seinerzeit auf der Krim vorstellen, mit „grünen Männchen“: russischen Soldaten ohne Rangabzeichen, die die Insel besetzen. Im Gespräch mit *loyal* nennt Paul die russische Siedlung Barentsburg „eine Art Mini-Donbass“. „Weil Spitzbergen so dünn besiedelt ist und am extremen Rand des NATO-Bündnisgebiets liegt, könnte Putin hier versuchen, niedrigschwellig die Allianzsolidarität zu prüfen“, sagt Paul im Gespräch mit *loyal*. Würde die NATO dann tatsächlich den Artikel 5 ausrufen und die einsame Insel weitab vom Schuss verteidigen? Paul und andere Beobachter sind sich sicher: Wenn Putin den Ukraine-Krieg ausweitet, dann hier oben, in der Arktis.

Nadelstiche gab es schon. Vor anderthalb Jahren wurde das Seekabel, das die Satellitenstation bei Longyearbyen mit dem Festland verbindet, durchtrennt. Alle Experten gehen davon aus, dass dahinter die Russen stecken. Die Einnahme der Satellitenstation bei einer russischen Besetzung wäre ein wichtiges Ziel. Von hier aus werden alle in polarer Umlaufbahn kreisenden Satelliten kontrolliert. In den Besitz dieser Daten zu kommen, hätte für ▶

Ein unscheinbarer grauer Keil stellt den Eingang zu einer weltweit einmaligen Anlage dar (Bild links unten): In der Samenbank Spitzbergen wird tief im Berg bei ständigen Minusgraden das Saatgut von 1040 Pflanzen aus aller Welt aufbewahrt. Es soll als Grundlage für Nachzüchtungen nach einer weltweiten Katastrophe oder einem globalen Krieg dienen. Rechts: Museumsdirektor Eystein Markusson hinter einem ausgestopften Eisbären in der Ausstellung seines Museums.



Moskau unschätzbaren Wert. In Longyearbyen ist es auch ein offenes Geheimnis, dass im Kalten Krieg auf dem Hubschrauberlandeplatz in Barentsburg mehr Hubschrauber stationiert waren als nötig. Und dass im Barentsburger Bergwerk Waffen lagerten. Die russischen Pläne zur handstreichartigen Einnahme des Flugplatzes von Longyearbyen, dem einzigen auf dem Archipel, dürften inzwischen wieder recht weit oben in den Schubladen des Generalstabs in Moskau liegen.

In seiner neuen Marinedoktrin wendet sich Russland entschieden der Arktis zu. Russland besitzt eine

34.000 Kilometer lange, fast unbewohnte Küste am Arktischen Ozean. Bislang war sie durch einen Packeispanzer geschützt. Doch mit dem Schmelzen des Eises infolge des Klimawandels liegt diese Küste nun aus russischer Sicht praktisch schutzlos da. Zumal der Weg über den Pol die kürzeste Strecke für Interkontinentalraketen ist. In einer zunehmend eisfreien Arktis könnten Atom-U-Boote nah an der gegnerischen Küste stationiert werden – mit entsprechend kurzen Vorwarnzeiten für Atomraketen. Schon das erfordert strategisches Handeln – nicht nur aus Moskauer Sicht.

Christian Bruttel aus Villingen-Schwenningen ist Arctic Nature Guide. Er lebt auf Spitzbergen, führt dort sein eigenes Reiseunternehmen und zeigt Besuchern die grandiose Natur der Hohen Arktis – hier eine Eishöhle im Innern des Longyearbyen-Gletschers.



Hinzu kommt eine fast mythische Überhöhung des Nordpolargebiets, das – ähnlich wie die Ukraine – zum russischen Mutterland gezählt wird. Russische Geowissenschaftler versuchen seit Jahrzehnten zu beweisen, dass der Nordpol zu Russland gehört. Moskau erhebt Anspruch auf weite Gebiete der Arktis und stößt damit zwangsläufig auf die Interessen der NATO sowie der USA und Kanadas und neuerdings auch auf China, das sich selbst als arktischer Staat versteht und eine arktische Seidenstraße aufbauen will. Immer häufiger kreuzen chinesische Kriegsschiffe vor oder sogar in amerikanischen arktischen Gewässern. Ihnen kommt zupass, dass die Arktis „schlechter kartografiert ist als Mond und Mars“, wie US-Admiral a.D. James Stavridis vor wenigen Jahren beklagte.

Die russischen Ambitionen werden auch in Longyearbyen wahrgenommen. Norwegen definiert sein Verhältnis zu den Russen auf dem eigenen Territorium neu. Museumsdirektor Markusson schließt am Ende dieser Sommersaison sein Haus für ein paar Monate, um die Ausstellung zu überarbeiten. „Der Kalte Krieg fand bislang keinen Niederschlag. Die jetzige Ausstellung wurde 2002 konzipiert, das war eine Zeit, als wir ein entspanntes Verhältnis zu Russland hatten. Künftig werden wir unseren Besuchern auch die Lage auf Svalbard im Kalten Krieg zeigen.“

Die Einwohner Longyearbyens spüren, dass sich die Dinge verändern. Christian Bruttel (40) aus Villingen-Schwenningen hat vor zehn Jahren auf Spitzbergen eine Ausbildung zum Arctic Nature Guide gemacht und betreibt heute ein erfolgreiches Reiseunternehmen auf der Insel. „Die Stimmung gegenüber den Russen ist seit dem Ukrainekrieg anders“, sagt er im Gespräch mit *loyal*. „Man fährt nicht mehr so oft nach Barentsburg, die Russen wiederum instrumentalisieren den Sportaustausch zwischen beiden Gemeinden für propagandistische Zwecke.“ Bruttel sieht andererseits eine zunehmende Renorwegisierung der Inselgruppe. So wurde vor einiger Zeit den Menschen aus 54 Nationen, die auf Spitzbergen leben, das kommunale Wahlrecht entzogen. Nur die Norweger dürfen noch wählen. Auch Covid-Hilfen gab es in der Pandemie nur für norwegische Unternehmen, die anderen mussten sehen, wo sie blieben „Da ist eine Tendenz, die einen schlucken lässt“, sagt der Spitzbergen-Kenner, der hier eine Heimat gefunden hat. Und: „Wir fragen uns manchmal, wie es weitergehen soll.“

Marcel Schütz, Honorarkonsul der Schweiz auf Spitzbergen, ergänzt: „Viele Russen haben nach dem 24. Februar 2022 ihre Jobs beim Staatskonzern Arktikugol in Barentsburg gekündigt, sind abgereist oder haben sich Arbeit in Longyearbyen gesucht. Hier gibt es große Solidarität mit jenen Russen, die sich gegen den Angriffskrieg und für Frieden aussprechen.“ Schütz' Hoffnung für die Zukunft ist, dass Spitzbergen das bleibt, was die Insel in der Vergangenheit stets ausgezeichnet hat: ein Beispiel friedlichen Zusammenlebens vieler Völker. Der 33-Jährige kann sich nicht mehr vorstellen, von hier wegzugehen. Die Gründe: „Die Verbundenheit mit der Natur, die Polarluft und die vielen gleichgesinnten Menschen, die vereint zusammenleben und einander helfen.“ ■



Marcel Schütz ist Schweizer Honorarkonsul in Longyearbyen. Seine Hoffnung: dass es in der Arktis friedlich bleibt.



BUCHTIPPS

Zum Weiterlesen empfiehlt die *loyal*-Redaktion folgende Titel::



Michael Paul

Der Kampf um den Nordpol

Die Arktis, der Klimawandel und die Rivalität der Großmächte
Herder-Verlag, 288 Seiten, 18 Euro



Line Nagell Yvisåker

Meine Welt schmilzt

Wie das Klima mein Dorf verwandelt
Verlag Hoffmann und Campe, 192 Seiten, 17,90 Euro



Christian Bruttel/Silke

Schranz/Christian Wüstenberg **Spitzbergen**

Arktische Abenteuer unter Nordlicht und Mitternachtssonne
Edition Bildperlen, 196 Seiten, 29,90 Euro



BJØRN ARILD GRAM (Zentrum) ist Verteidigungsminister in der seit Oktober 2021 von Arbeiter- und Zentrumspartei gebildeten norwegischen Regierung. Er wurde 1972 in Steinkjer geboren. Von 2005 bis 2007 war der Wirtschaftswissenschaftler Staatssekretär im Finanzministerium, von 2007 bis 2020 Bürgermeister in seiner Heimatstadt. Anschließend wurde er Kommunalminister, seit April 2022 ist er Verteidigungsminister.

„Beistandsverpflichtung gilt auch für Svalbard“

Der norwegische Verteidigungsminister Bjørn Arild Gram über die Bedeutung der Hohen Arktis für sein Land, die Diplomatie mit Russland in Kriegszeiten und die Zusammenarbeit mit Deutschland bei Streitkräften und in Rüstungsfragen.

INTERVIEW: KAI-AXEL AANDERUD

Herr Minister, zwischen Norwegen und Russland besteht eine 198 Kilometer lange Landgrenze, eine 23 Kilometer lange Seegrenze sowie eine 1.750 Kilometer lange Grenze zwischen den ausschließlichen Wirtschaftszonen beider Länder in der Barentssee und im Arktischen Ozean. Welche sicherheitspolitische Rolle spielen der Hohe Norden und insbesondere Spitzbergen (Svalbard) für die norwegische Regierung? Was hat sich seit dem 24. Februar 2022 verändert?

Norwegens Regierung betrachtet die „Nordgebiete“, wie wir den Hohen Norden nennen, als strategisch wichtigstes Gebiet unseres Landes. Svalbard als dessen nördlichste Region ist ein natürlicher Bestandteil dieser Schwerpunktsetzung. Wenngleich unsere Nordgebiete-Politik in ihren langfristigen Grundzügen fortbesteht, wirkt sich der Krieg in der Ukraine doch negativ auf die internationale Zusammenarbeit im Norden aus, da unsere direkte Zusammenarbeit mit Russ-

land infolge des russischen Angriffskrieges auf ein Minimum reduziert ist. Als Nachbarland ist es jedoch in unserem Interesse, eine ungewollte Eskalation zu vermeiden. Wir halten daher diplomatische Kontakte aufrecht, um Such- und Rettungsmaßnahmen sowie Fischereifragen abstimmen zu können.

Auf die norwegische Svalbard-Politik hat der Krieg in der Ukraine bislang keine Auswirkungen. Mit Ausnahme der im Mai 2022 in Kraft getretenen Hafensperre für russische Schiffe gelten die von Norwegen verhängten Sanktionen gegen Russland auch für Svalbard. Den russischen Aktivitäten in Barentsburg stellt Norwegen dagegen keine Hindernisse in den Weg, solange diese im Einklang mit norwegischen Gesetzen und Vorschriften stehen. Die Regierung ist bestrebt, die Grundbedürfnisse der lokalen Bevölkerung auf Svalbard zu sichern, unabhängig davon, welcher Nationalität sie angehört.

Svalbard gilt als eine Achillesferse der NATO. Sind Norwegen und das Nordatlantische Bündnis in der Lage, andere Nationen daran zu hindern, gegen das Verbot der Nutzung von Svalbard zu Kriegszwecken zu verstoßen? Haben Norwegen und die NATO inzwischen eine Antwort auf Russlands neue Marinedoktrin vom Juli 2022 gefunden? Demnach will Moskau seine Position in der Arktis stärken und die russische Nordflotte sowie die Nördliche Seeroute ausbauen.

Das Verbot, Svalbard für Kriegszwecke zu nutzen, gilt für alle Parteien. Im Spitzbergen-Vertrag von 1920 hat sich Norwegen verpflichtet, auf Svalbard keine Marinestützpunkte und Befestigungen zu errichten oder deren Errichtung zu genehmigen. Defensiv militärische Maßnahmen sind dagegen zulässig. Im Kriegsfall oder bei Kriegsgefahr kann Norwegen also durchaus individuelle oder kollektive Verteidigungsmaßnahmen ergreifen. Auch für ▶

Svalbard gelten daher die Bestimmungen des Nordatlantikvertrages von 1949 einschließlich der Beistandsverpflichtung gemäß Artikel 5. Im Übrigen sind die norwegischen Behörden gut gerüstet, um Aktivitäten auf der Inselgruppe zu kontrollieren. So üben sie eine sehr restriktive Praxis aus, wenn es um die diplomatische Freigabe von Landungen ausländischer Militärflugzeuge und Marinefahrzeuge geht.

Russland hat sich jedoch als unberechenbarer und gefährlicher Nachbar erwiesen, der militärische Gewalt einsetzt, um seine Ziele zu erreichen. Der 24. Februar 2022 markiert einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte, und wir sehen keine Anzeichen dafür, dass Russland seine Strategie ändern wird. Russland setzt seinen brutalen Krieg gegen die Ukraine fort, und wir müssen damit rechnen, dass die Konfrontation mit dem Westen langwierig sein wird. Dabei ist ein wirtschaftlich, militärisch und politisch geschwächtes Russland nicht unbedingt weniger gefährlich. Die norwegischen Streitkräfte haben ihre Präsenz im Norden daher verstärkt und beobachten die Entwicklung genau.

Im Januar 2018 verkündete die Volksrepublik China ihre erste offizielle Arktis-Strategie und definierte sich als „arktischen Staat“. Seit 2016 hat China Beobachterstatus im Arktischen Rat, chinesische Firmen investieren in den Abbau Seltener Erden auf Grönland und in die Nickelförderung in Kanada. China kofinanziert ein Observatorium auf Island und plant, das auftauende Nordpolarmeer als „Polare Seidenstraße“ zwischen Shanghai und Rotterdam zu nutzen. Erwartet Norwegen ein wachsendes Engagement Chinas auf Svalbard?

Seit 2004 mietet das Chinesische Polarforschungszentrum von den norwegischen Behörden Forschungseinrichtungen in Ny-Ålesund, hundert Kilometer nördlich von Longyearbyen, an. Abgesehen von der Polarforschung in der Arctic-Yellow-River-Station gibt es bislang jedoch kaum chinesische Aktivitäten auf Svalbard. Norwegen erwartet in erster Linie ein intensiveres Engagement Chinas als Beobachter im 1996 gegründeten Arktischen Rat.



Das größte Kriegsschiff der Welt, der amerikanische Flugzeugträger USS Gerald R. Ford, im Mai bei einem Besuch in Norwegen im Oslo-Fjord. Es war der erste Besuch eines US-Flugzeugträgers in Norwegen. Er sollte die Verbundenheit zwischen den USA und Norwegen dokumentieren und an Russland ein Zeichen der Stärke senden.

Auf dem Meeresboden von Nord- und Barentssee liegen 9.000 Kilometer Pipelines. Wie kann Norwegen seine Infrastruktur und damit die künftige Versorgung Europas mit Energie vor russischer Spionage und Einmischung schützen?

Unsere Nachrichtendienste weisen seit Jahren auf komplexe russische Maßnahmen gegen norwegische und westliche Sicherheitsinteressen hin. Seit der Sprengung von Nord Stream 1 und 2 am 26. September 2022 haben die norwegischen Streitkräfte gemeinsam mit den Verbündeten ihre Präsenz rund um die energiebezogene

Infrastruktur in der Nordsee weiter erhöht. Norwegen und Deutschland haben in der NATO die Initiative ergriffen, um die Fähigkeit des Bündnisses zum Schutz der unterseeischen Infrastruktur zu stärken, und am 15. Februar dieses Jahres kündigte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Einrichtung einer „Critical Undersea Infrastructure Coordination Cell“ innerhalb des internationalen NATO-Stabes an. Dieses Zentrum wird den komplexen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen öffentlichem und privatem Sektor sowie zwischen



„Russland hat sich als unberechenbarer und gefährlicher Partner erwiesen, der militärische Gewalt einsetzt, um seine Ziele zu erreichen.“

militärischen und zivilen Akteuren gewährleisten. Norwegen nimmt seine Verantwortung für die europäische Energiesicherheit sehr ernst.

Im April dieses Jahres wuchs die NATO mit dem Beitritt Finnlands auf 31 Mitglieder an. Schweden soll beim NATO-Gipfel in Vilnius im Juli aufgenommen werden. Was bedeutet die Norderweiterung der NATO für Norwegen?

Die NATO-Mitgliedschaft Finnlands und Schwedens wird zu einer stabileren und klareren Lage in unserer Region beitragen. Unsere Nachbarn treten

dem Bündnis in erster Linie bei, um in den Schutz nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages einbezogen zu werden. In der 2009 ins Leben gerufenen „Nordic Defence Cooperation“ arbeiten Dänemark, Finnland, Island, Schweden und Norwegen bereits an einer Vertiefung der nordischen Zusammenarbeit innerhalb der NATO. So haben die Luftwaffenchefs Dänemarks, Finnlands, Norwegens und Schwedens in dem im März in Ramstein unterzeichneten „Nordic Air Commanders’ Intent“ das Ziel formuliert, die vier Luftstreitkräfte so auszurichten, dass sie nahtlos als

eine Streitkraft in der nordischen Region zusammenarbeiten können. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit unseren nordischen Nachbarn. Sie stärkt unsere kollektive Sicherheit in einer Zeit, in der Europa und die Welt von ernststen Sicherheitsbedenken geprägt sind.

Die bilaterale deutsch-norwegische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ist so langjährig wie vielfältig und sei noch nie so gut und eng gewesen wie heute, heißt es. Gibt es aus Ihrer Sicht Bereiche, in denen diese bilaterale Kooperation ausgeweitet und vertieft werden kann?

Von zentraler Bedeutung ist unsere Zusammenarbeit in der Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) der NATO. Gemeinsam mit den Niederlanden sind Deutschland und Norwegen für den Landbeitrag in Form einer kombinierten Brigade verantwortlich. Auch bei der „verstärkten Vornepräsenz“ (eFP) in Litauen haben diese drei Nationen zusammengearbeitet. Norwegen beschafft deutsche Panzer für seine Armee und geht mit der gemeinsamen Beschaffung identischer U-Boote und neuer Schiffsabwehrraketen eine im internationalen Kontext einzigartige Kooperation mit Deutschland ein. Auch die Entscheidung der Bundesregierung, 35 F-35-Kampfflugzeuge und P-8-Poseidon-Seefernaufklärungsflugzeuge zu beschaffen, eröffnet neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die norwegische Langfristplanung für den Verteidigungssektor „Befähigung zur Verteidigung, Wille zur Bereitschaft“ weist Deutschland als einen der wichtigsten strategischen Partner Norwegens aus. Insgesamt entwickelt sich die rüstungspolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Norwegen also positiv. ■

KAI-AXEL AANDERUD ist Historiker und Publizist mit norwegischen und deutschen Wurzeln, war Journalist beim ZDF und im Axel Springer-Verlag. Er arbeitet in seinem Redaktionsbüro in Hamburg u. a. für deutsche und skandinavische Medien.

Kaltstartfähigkeit an der Polarflanke



Der Zerstörer USS Hopper beim Manöver „Northern Edge“ 2017 (oben). Ein Luftüberlegenheitsjäger F-22 der US-Air Force beim Start von der Elmendorf-Richardson Basis in Alaska (unten).





Die USA sind durch den Bundesstaat Alaska Arktisanrainer. Lange Zeit vernachlässigt, entdeckt das amerikanische Militär gerade die arktischen Grenzgebiete als Sicherheitsrisiko. Mit mehr Truppen und Waffen will es der wachsenden russischen Bedrohung an seiner Nordgrenze begegnen.

VON SIDNEY E. DEAN



Die Flagge Alaskas zeigt das Sternbild Großer Wagen und den Polarstern.

Lange Zeit galt das ewige Eis der Arktis als Schutzwall nicht nur für Russland, sondern auch für Nordamerika. Lediglich Interkontinentalraketen und Fernbomber bedrohten die USA und Kanada aus dieser Richtung. Doch diese Zeiten sind vorbei. Der klimabedingte Rückgang des Eises in den arktischen Küstengewässern eröffnet neue Anmarschrouten für konventionelle Streitkräfte. So führt die Nordostpassage entlang der sibirischen Küste direkt nach Alaska.

Russland hat die neue Lage und die strategischen Möglichkeiten, die sich aus ihr ergeben, schon vor Jahren erkannt. Moskau baut seitdem systematisch seine Militärpräsenz in der eigenen arktischen Zone aus. Hier entstehen sowohl defensive Einrichtungen wie auch Ausgangsbasen für offensive Einsätze gegen Nordeuropa und Nordamerika. Auch China entsendet zunehmend Aufklärungsschiffe und Marineeinheiten in die arktischen Gewässer zwischen Sibirien und Alaska. Die USA haben sich lange Zeit nicht als arktische Nation verstanden und daher die Lage unterschätzt. Dafür soll es nun umso schneller gehen.

Im vergangenen Oktober stellte die US-Regierung eine neue Arktis-Doktrin vor. Bereits im ersten Absatz ist die Rede davon, dass sich die strategische Großmachtrivalität seit der letzten Arktis-Doktrin von 2013 deutlich verschärft hat. Die umfassende Analyse und Handlungsanweisung berücksichtigt neben militärischen auch ökologische, wirtschaftliche, humanitäre und diplomatische Aspekte der Arktis. Als oberste sicherheitspolitische Priorität nennt das Dokument den Schutz des US-amerika-

nischen Territoriums und der Bevölkerung in dieser Region. Hinzu kommt die Entschlossenheit, Verbündeten und Partnern beizustehen.

Die notwendig gewordene Anpassung an die neue Sicherheitslage erfordert verschiedene Initiativen. Hierzu gehört die Aufstellung eines engmaschigen Aufklärungs- und Überwachungsnetzwerkes, um Bedrohungen aus der Luft, von der Seeseite und auch unter Wasser frühzeitig zu entdecken. Das Sensorennetz soll auch Ressourcen für die Überwachung des Wetters, der ▶



Ein US-Soldat sichert die Landung eines Helikopters während eines Spezialkräftetrainings unter arktischen Bedingungen zum Jahresbeginn in Alaska.

Meereisentwicklung, sowie des allgemeinen Schiffsverkehrs umfassen, um ein möglichst präzises Lagebild zu erhalten. Für arktische Klima- und Einsatzbedingungen taugliche Sensoren sowie Navigations- und Kommunikationsausrüstung müssen ebenfalls entwickelt oder fortentwickelt werden. Zusätzliche Satelliten müssen für die Region bereitgestellt werden.

So sind umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen erforderlich, um dem Militär und anderen Sicherheitskräften den ständigen Zugang zur Region zu sichern. Noch fehlt derzeit eine ständige Präsenz der US-Navy oder der US-Coast Guard (USCG) in den Gewässern nördlich der Aleuten-Inselkette – nicht zuletzt weil es an der West- und Nordküste Alaskas an Tiefwasserhäfen mangelt. Bereits mit Blick auf die zivile maritime Sicherheit entlang der Nordwestpassage ist dieser Zustand nicht mehr akzeptabel. Als erster Schritt wird vom kommenden Jahr an der Handels-hafen der an der Beringstraße gelegenen Stadt Nome ausgebaut, damit gleichzeitig drei 300 Meter lange Schiffe anlegen können. Dies wird die Aufrechterhaltung einer größeren USCG-Präsenz im Norden des Landes ermöglichen. Auch Kriegsschiffe der US-Navy werden im Rahmen von Arktis-fahrten Nome zwecks Versorgung anlaufen können.

Die amerikanischen Streitkräfte passen ihre Truppenpräsenz in Alaska an, um die Abwehrbereitschaft sowie die regionale Offensivfähigkeit zu steigern. Ein Großteil der in Alaska stationierten Kontingente bleibt darauf ausgerichtet, kurzfristig auch in andere Konfliktzonen verlegt zu werden. Schwerpunkte bilden hier der Pazifikraum und Nordeuropa.

Der gestiegene Stellenwert der Arktis ist bereits daran ersichtlich, dass die Truppenstärke der in Alaska stationierten Streitkräfte seit der russischen Invasion der Ukraine von rund 19.000 auf mehr als 22.000 erhöht wurde. Hinzu kommen Reservekräfte der Luftwaffe und des Heeres in einer zusätzlichen Stärke von rund 5.000 Mann.



Seit Kurzem führt das US-Heer das Raupenfahrzeug Beowulf ein – gerade auch für Operationen in der Arktis.



Die US-Air Force unterhält zwei große taktische Stützpunkte in Alaska. Eielson Air Force Base in Zentralalaska liegt knapp südlich des Polarkreises und ist der nördlichste Fliegerhorst des US-Militärs. Zwischen 2020 und 2022 wurden zwei Staffeln F-35A nach Alaska verlegt und dem 354. Jagdgeschwader auf der Eielson Air Force Base unterstellt. Die 54 Maschinen gehören zu den modernsten und kampfstärksten Flugzeugen der US-Streitkräfte. Mithilfe der ebenfalls auf Eielson stationierten Tankerflugzeuge können die Jäger ohne Zwischenlandung jeden Ort der nördlichen Hemisphäre erreichen. Neben den F-35A befindet sich seit 1991 auch eine Staffel F-16 auf dem Stützpunkt. Auf dem im Süden Alaskas gelegenen Standort Elmendorf sind seit 2007 zwei Staffeln des F-22 mit 48 Maschinen stationiert. Mit insgesamt rund 100 F-22 und F-35 besitzt Alaska damit die stärkste Konzentration von Hochleistungsjagdflugzeugen der US-Luftwaffe.

Auch das amerikanische Heer unterhält in Alaska zwei große Garnisonen: Fort Wainwright bei Fairbanks in Zentralalaska und Fort Richardson nahe Anchorage in Süd-Alaska. Außerdem liegt das Northern Warfare Training Center für die Kaltwetterkriegsführung in der Region. Das Oberkommando der US-Army in Alaska wurde 2022 neu ausgerichtet. Die so entstandene Führungsstruktur steigert die Beweglichkeit und Reaktionsfähigkeit der in Alaska stationierten Verbände. Diese Einheiten werden stärker auf Einsätze in Alaska und in arktisähnlichen Regionen ausgerichtet. Zuvor waren sie primär als Verstärkung für das Pazifikoberkommando im Falle eines Konflikts im asiatischen Raum vorgesehen.



Die rasche Verbringung samt Einsatz von weitreichendem Feuer an der Nordflanke – hier ein HIMARS-Raketenerwerfer – gehört zu zentralen Übungen des US-Militärs in Alaska.

Das bisherige Hauptquartier der US-Army in Alaska, das primär Verwaltungs- und Unterstützungsaufgaben wahrnahm, wurde im Rahmen der Neuausrichtung aufgelöst und durch die neu aufgestellte 11. Luftlandedivision ersetzt. Die beiden in Alaska stationierten Heeresbrigaden, die zuvor der auf Hawaii ansässigen 25. Infanteriedivision unterstanden, wurden der neuen Division unterstellt. Dabei wurde eine der Brigaden von einer Stryker-Infanteriebrigade zu einer luftbeweglichen Brigade umgebildet. Die zweite Brigade war bereits als Luftlandeeinheit organisiert. Anstelle der gepanzerten Stryker-Gefechtsfahrzeuge wird die Einheit nun mit leichteren Fahrzeugen ausgestattet, einschließlich des neuen Kettenfahrzeugs vom Typ Beowulf. Die Auslieferung des von BAE entwickelten kaltwettertauglichen Geländefahrzeugs beginnt in diesem Jahr und soll 2029 abgeschlossen sein.

Der Rückgang der Eisdecke auf dem arktischen Meer erlaubt verstärkte Aktivitäten von Kriegsschiffen der US-Navy sowohl in den Gewässern um Alaska als auch im Nordatlantik. Hinsichtlich der Einsatzbedingungen in Gewässern mit Treibeis erkennt die Navy-Führung derzeit noch keine Notwendigkeit, beim Bau künftiger Schiffe auf einen verstärkten Rumpf zu setzen; dieses könnte sich allerdings noch ändern. Für Einsätze im Nordatlantik und in arktischen Gewässern wurde 2018 gezielt die 2. Flotte aus Norfolk (Virginia) als Führungskommando wieder aktiviert. Standorte in Arktisnähe unterhält die Navy allerdings nicht. Die Alaska am nächsten gelegenen US-Flottenbasen liegen in der Nähe von Seattle im Bundesstaat Washington.

Eine ständige Präsenz in Alaska ist auch bei den US-Marines nicht vorgesehen, allerdings bereitet sich die Marineinfanterie verstärkt auf Einsätze in der Polarregion vor. Sie werden dazu eine schnelle Eingreiftruppe für arktische und arktisähnliche Einsatzgebiete aufstellen, wobei die norwegischen Streitkräfte Unterstützung leisten.

Die US-Küstenwache ist schon jetzt in der Region präsent. Sie unterhält mehrere Standorte an der Südküste Alaskas. Gegenwärtig werden in den Sommermonaten Eisbrecher sowie Patrouillenschiffe und -flugzeuge der Küstenwache in die nördlichen Gewässer abgestellt, um die Handelsschifffahrt zu sichern. Mittelfristig wird eine umfangreichere und dauerhaftere Präsenz erforderlich sein, denn die zivile Schifffahrt nimmt ebenso zu wie Schmuggel- und Schleusertätigkeit. Nicht zuletzt steigt auch der Bedarf an Rettungseinsätzen. Die 2021 bewilligte Beschaffung neuer Eisbrecher wird den Zugang der Küstenwache sowie der Marine zu den arktischen Gewässern erleichtern.

Zusätzlich zur Erweiterung beziehungsweise Neustrukturierung der eigentlichen Kräftepräsenz in Alaska entwickeln das Pentagon und die einzelnen Teilstreitkräfte neue Einsatzkonzepte und -strategien. Die Region erhält im Rahmen der Planung einen höheren Stellenwert. Ausbildung in arktischer Kriegsführung wird gezielt verstärkt. Hier stehen die norwegischen und die kanadischen Streitkräfte beratend zur Seite. Auch teilstreitkraftgemeinsame und multinationale Übungen in und um Alaska sowie in verbündeten Staaten werden intensiviert. Dabei geht es den US-Streitkräften darum, erkannte Defizite auszugleichen. Sie sollen:

- sich mit den (sich verändernden) Einsatzbedingungen in der Region vertraut machen;
- arktisspezifische Kampf- und Überlebenstechniken entwickeln und erlernen;
- bestehende Fähigkeitslücken aufdecken und schließen;
- Interoperabilität mit verbündeten Kräften stärken;
- die Arktistauglichkeit bestehender und in der Entwicklung befindlicher Ausrüstung prüfen.

Je nachdem, wie sich die globale und regionale strategische Lage entwickelt, sind weitere Anpassungen der Truppenstärke und -zusammensetzung in Alaska möglich. Die verstärkte Militärpräsenz in und um Alaska gilt der Stärkung der Abwehrbereitschaft gegen einen russischen Überfall, beziehungsweise der Abschreckung eines solchen Angriffs. Pentagon-Mitarbeiter sprechen offen aus, dass diese US-Präsenz auch chinesische Aktivitäten in der Arktis und im Nordpazifikraum eindämmen könnte. Angesichts der gestiegenen Großmachtrivalität – langfristig vor allem im Pazifikraum – dürfte der neue Kalte Krieg zwischen den USA und seinen NATO-Partnern einerseits sowie Russland und China andererseits die künftige geostrategische Lage stärker als bislang bestimmen. ■

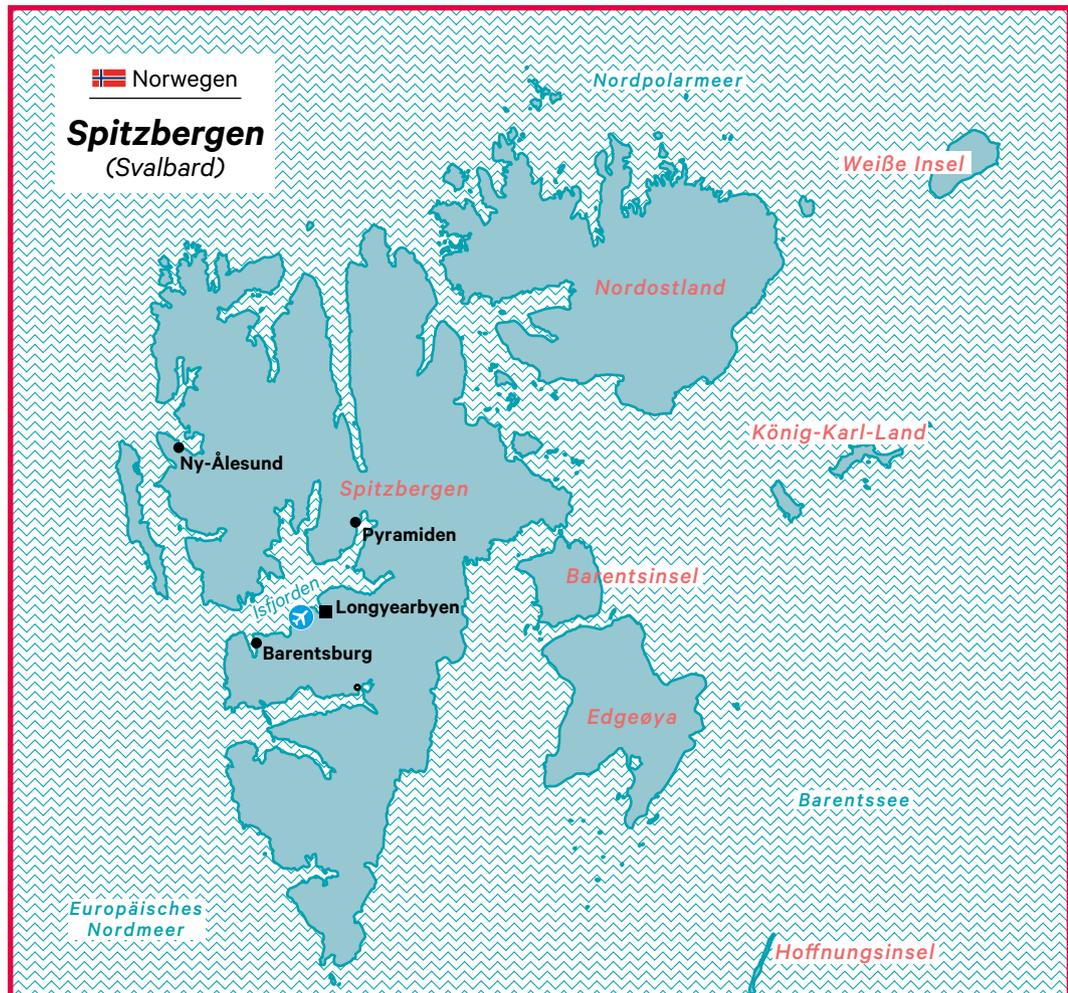
SIDNEY E. DEAN ist freier Journalist mit Sitz in Suffolk, Virginia.

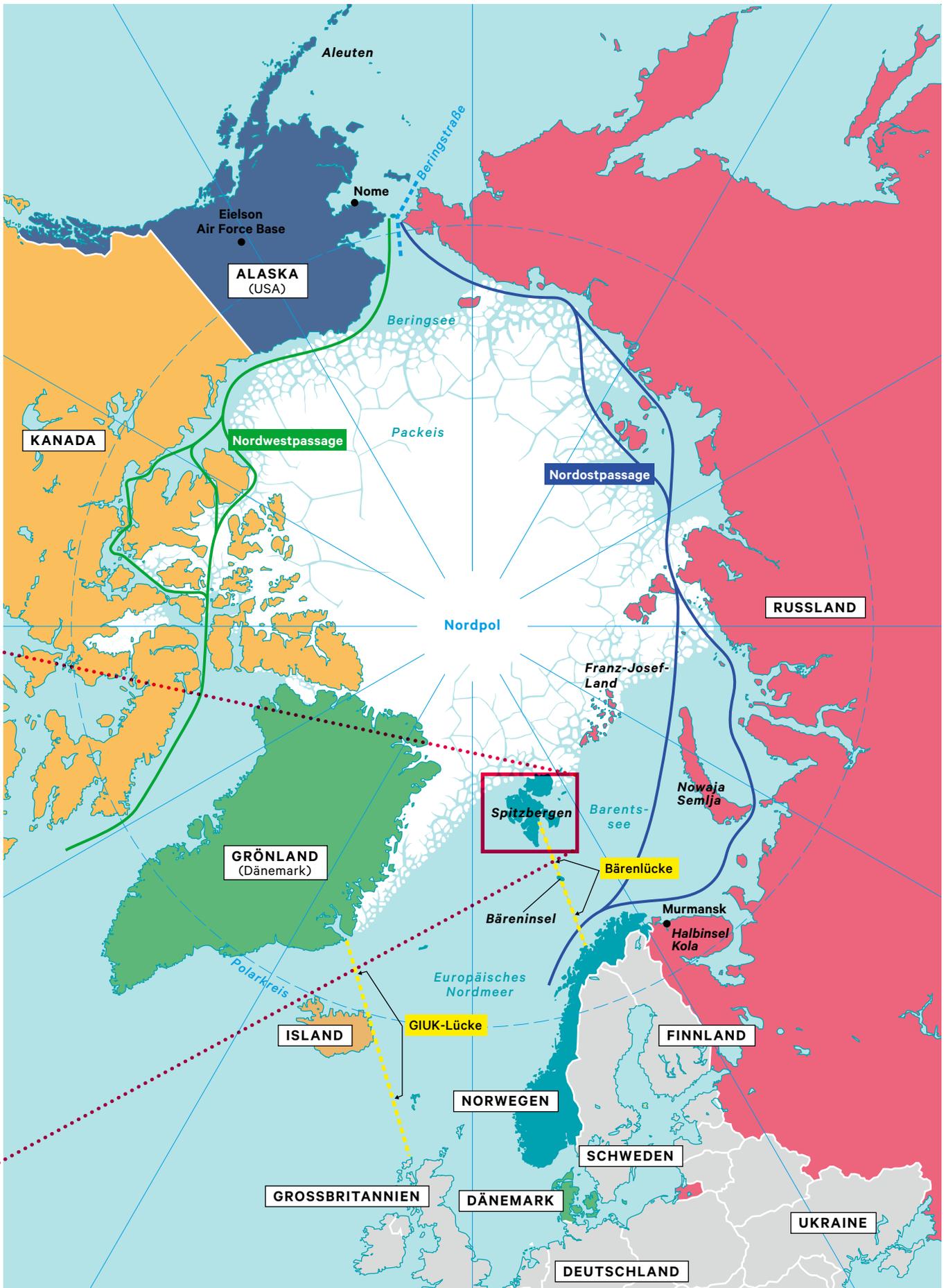
Strategischer Raum: die Arktis

Als Arktis bezeichnet man die Region um den Nordpol. Ihre Grenzen sind nicht eindeutig definiert. Die Arktis umfasst das Nordpolarmeer – auch Arktischer Ozean genannt – und die nördlichen Landesteile Nordamerikas (Alaska und Kanada), Europas (Skandinavien) und Asiens (Russland). Der Arktische Ozean ist etwa 15,5 Millionen Quadratkilometer groß und durchschnittlich 1.200 Meter tief und damit der flachste Ozean der Welt. Der geografische Nordpol liegt inmitten des Ozeans, der an dieser Stelle allerdings mehr als 4.000 Meter tief ist. Drei Russen haben 2007 als erste Menschen in einem Mini-U-Boot den Meeresboden am Nordpol erreicht und dort die russische Flagge hinterlassen – Zeichen des Anspruchs Russlands auf den Nordpol wie auf die gesamte Arktis. Diese russischen Ansprüche werden von den übrigen Arktis-Anrainern mehr und mehr als Bedrohung empfunden.

Mit dem Schmelzen des Meereises in den polaren Gewässern wird die Arktis für die Militärstrategen in Ost und West immer wichtiger. Schon in einigen Jahren könnte der Nordpol zeitweise eisfrei sein und Schifffahrt quer über den Arktischen Ozean ermöglichen. Bis dahin nehmen die Nordostpassage zwischen Europa und Asien entlang der 34.000 Kilometer langen russischen Arktis-Küste und die Norwestpassage durch die kanadische Inselwelt an Bedeutung zu. Sowohl die USA und Kanada einerseits als auch Russland andererseits sehen ihre Küsten durch den Rückgang des Eises entblößt. Neue sicherheitspolitische Chancen und Bedrohungen ergeben sich zum Beispiel durch die Positionierung von strategischen Atom-U-Booten in einer eisfreien Arktis direkt vor den Küsten des Gegners.

uz





Taugen Staatsbürger in Uniform als Helden?

VON JACOB ROSS



Kadetten der Militärakademie Saint-Cyr des französischen Heeres bei der Verleihung des Militärischen Tapferkeitskreuzes im April 2023. Mit dem Kreuz werden herausragende Einzelleistungen im Einsatz geehrt – seit 2011 können auch ganze Einheiten ausgezeichnet werden.



Der Krieg in der Ukraine zwingt Deutschland zur Auseinandersetzung mit militärischer Gewalt. Die Debatte zum Verhältnis der Deutschen zu ihren Soldaten kommt bisher zu kurz. Ein Kulturvergleich zwischen Deutschland und Frankreich.

E

Ein ARD-Film fragte kürzlich: „Können wir Krieg?“. General Ben Hodges, langjähriger Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, verneinte das in dem Beitrag, der Stimmen aus dem In- und Ausland zu Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine für die Bundeswehr versammelte. Anlagen seien zwar vorhanden, so Hodges, er habe mit exzellenten deutschen Soldaten zusammengearbeitet. Deutschland fehle aber die entsprechende Kultur. „Die haben sie noch nicht.“

Deutschlands Kultur im Umgang mit Streitkräften und Krieg unterscheidet sich aber nicht nur von dem in den USA, das zeigt der Vergleich mit dem wichtigsten europäischen Verbündeten Deutschlands, Frankreich. Auch dort hat der russische Überfall zwar viele Gewissheiten erschüttert. Die Russlandpolitik Präsident Macrons ist gescheitert, und die militärische Führung wurde von der Dimension des Angriffs überrascht. Sie stellte offen infrage, ob die französischen Streitkräfte vergleichbaren Angriffen standhalten könnten. Während Deutschland am 24. Februar 2022 „in einer anderen Welt aufwachte“ (Annalena Baerbock), mussten weder Frankreich noch die Vereinigten Staaten aufwachen, um zu erkennen, dass militärische Gewalt auch im 21. Jahrhundert Teil der politischen Realitäten auf dem europäischen Kontinent bleibt.

Der Analyst Michael Shurkin hat diesen entscheidenden Unterschied vor Kurzem zugespitzt: Auf die Frage, was französische Soldaten in den Augen ihrer US-Verbündeten auszeichne, antwortete er: „Im Gegensatz zu den Deutschen haben Franzosen den Einsatz von militärischer Gewalt in ihrer politischen Kultur erhalten: Man kann töten und getötet werden.“ Eine der prominentesten Stimmen in der französischen Debatte zum Ukraine-Krieg, Oberst Michel Goya, hat seine eigenen Erfahrungen in einem Buch mit dem Titel „Unter Feuer. Der Tod als Arbeitshypothese“ beschrieben. Vergleichbare Kommentatoren gibt es in Deutschland nicht. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat diesen Unterschied 2015 in seinen Beobachtungen zur „postheroischen“ deutschen Gesellschaft beschrieben. Und seit dem erneuten russischen Angriff auf die Ukraine findet diese deutsche Eigenheit im Ausland neue Beachtung.

Selbstbewusste Franzosen

Nirgendwo zeigt sich der Unterschied zwischen Deutschland und seinen Verbündeten deutlicher als in der deutsch-französischen Kooperation. Beide Staaten arbeiten seit Jahrzehnten eng zusammen. 1989, im Jahr des Mauerfalls, wurde eine binationale Brigade geschaffen, Hunderte Offiziere lernen Jahr für Jahr das Partnerland kennen und sollen zum Entstehen einer „gemeinsamen strategischen Kultur“ beitragen. Dass sich die Kulturen der Nachbarländer stark unterscheiden und Soldaten in Deutschland und Frankreich nicht den gleichen gesellschaftlichen Status haben, ist kein ▶

Geheimnis. In einem Flyer der Bundeswehr, der für die Ausbildung an der Offiziersschule des französischen Heeres in Saint-Cyr wirbt, wird von Bewerbern „Interesse an einer fremden Kultur“ gefordert und der Wille, „sich so weit wie möglich zu integrieren“. Mit der Frage, was „so weit wie möglich“ bedeutet, setzen sich Jahr für Jahr junge deutsche Offiziere auseinander.

Denn Frankreichs Militär ist fest in der Gesellschaft verankert und strahlt ein historisch gewachsenes Selbstbewusstsein aus. Einen vergleichbaren Bruch wie mit dem Nationalsozialismus in Deutschland gibt es nicht. Im Gegenteil: Der Gründungsmythos der Fünften Französischen Republik beruht auf der Erzählung, die Kapitulation und Kollaboration des Vichy-Regimes seien Anomalien der französischen Geschichte gewesen. Die Tradition französischer Soldaten ist deshalb ungebrochen, reicht weit über die republikanisch-demokratische Geschichte hinaus. Viele dienen nicht zuerst der Republik, sondern ihrem Vaterland – ein bedeutender Unterschied im Selbstverständnis und entscheidend für das Verhältnis zum zivilen Staatsapparat. Mit Charles de Gaulle war der erste Präsident der Fünften Republik zudem ein General, der in Krisen wie dem Algerien-Krieg den Anzug gegen die Uniform tauschte. Ein kritisches Geschichtsverständnis oder eine Vergangenheitsbewältigung wie in Deutschland hat es in Frankreich nie gegeben.

Die Ausbildung in Saint-Cyr stellt das Selbstbewusstsein der deutschen „Staatsbürger in Uniform“ auf eine harte Probe. Der unreflektierte Blick vieler französischer Soldaten auf die Geschichte, das Pathos und die Heldenverehrung in der Ausbildung – all das muss deutschen Offizieren auffallen, die während der schulischen und militärischen Ausbildung im kritischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit geschult worden sind. Die Auseinandersetzung mit Begriffen wie Mut, Ehre, Patriotismus und Diskussionen um charakterliche Eigenschaften eines Offiziers, auch in Abgrenzung zur Zivilgesellschaft, fällt ihnen schwer. Ein hoher deutscher Offizier sagt, halb im Scherz, deutsche Saint-Cyrianer müssten nach der Rückkehr nach Deutschland „resozialisiert werden“.

Die Tradition französischer Soldaten ist ungebrochen. Vichy gilt lediglich als Anomalie.

Selbstkritische Deutsche

Die Konfrontation mit dem französischen Offiziersbild kann Rückversicherung und Quelle des Stolzes auf die eigenen Werte und Prinzipien wie die Innere Führung sein. Sie kann diese Werte aber auch nachhaltig ins Wanken bringen und Zweifel am eigenen Soldatenbild nähren. Viele deutsche Soldaten entscheiden sich für die Ausbildung in Saint Cyr, weil sie die „gewachsene Militärtradition“ Frankreichs fasziniert und sie neben der hochwertigen militärischen Ausbildung vermutlich auch von dem elitären Habitus französischer Offiziere und traditionsreichen Zeremonien während der Ausbildung angezogen sind. Als 2009 erstmals deutsche Offiziersanwärter in Saint Cyr aufgenommen wurden, sagte einer von ihnen über die sogenannte Grande Uniforme, die er zu dieser Gelegenheit trug, diese „muss man sich verdienen“.

Vielen deutschen Soldaten wird in Frankreich in aller Deutlichkeit bewusst, wie einzigartig der deutsche Umgang mit allem Militärischen ist. Dass sich die französische Grande Uniforme zum Beispiel in einer feierlichen Zeremonie verdient werden muss, steht im krassen Kontrast zum Bemühen der Bundeswehr, die Ausbildung von jeglichem Pathos frei zu halten. Seine Erfahrungen in Saint Cyr stellt ein deutscher Offizier der Uniformausgabe in der Kleiderkammer der Bundeswehr entgegen und vergleicht letztere in ihrer Nüchternheit und Beliebigkeit mit einer „Supermarktkasse“.

Unterschiede im Umgang mit Liedgut werden deutschen Soldaten spätestens während der Zeremonie zum Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs klar, wenn sie gemeinsam mit französischen Kameraden „Verdun La Victorieuse“ singen, ein anti-deutsches Lied: „Flieht, Barbaren und Lakaïen. Dies ist das Tor von Frankreich, und ihr werdet es nie passieren“.

Platz in der Gesellschaft

Nicht nur die soldatische Identität wird im Ausland auf die Probe gestellt, sondern auch der Platz des Soldaten in einer demokratischen Gesellschaft. Dass, wie amerikanische Beobachter wie Shurkin oder Hodges andeuten, der gesellschaftliche Umgang mit einer möglichen



Offiziersanwärter bei der 2021 eingeführten „Heeresprägungswoche“ an der Offiziersschule Dresden. Die Prägungswoche bildet mit einem Austausch aller Truppengattungen den Abschluss der Offiziersanwärterausbildung.

Finalität des Soldatenberufes, töten und getötet werden, in Deutschland vollkommen anders ist als in den meisten anderen Ländern, wird deutschen Offizieren in Frankreich schnell klar. Viele nehmen an Zeremonien und Militärparaden teil, die sie am 14. Juli bis auf die Champs-Élysée führen können. Frankreich feiert sein Militär und seine Soldaten, deren Ansehen nach den Terroranschlägen von 2015 noch deutlich gestiegen ist.

Fragen nach der Sinnhaftigkeit des Soldatenberufes und dem Platz in der Außen- und Sicherheitspolitik werden kaum gestellt. Französische Soldaten sind nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fast ununterbrochen in Kampfeinsätze geschickt worden. Dass allein im Rahmen der Barkhane-Mission im Sahel 58 französische Soldaten im Einsatz gefallen sind, gehört dazu. Regelmäßig finden Zeremonien im Invalidendom statt, die die Gefallenen und ihren Beitrag zur Sicherheit Frankreichs würdigen. Dieser Umgang mit Krieg und Tod mag aus deutscher Sicht be-

fremdlich wirken. Französische Soldaten haben aber ein klares Bild ihres Auftrags, den sie im Zusammenspiel mit Politik und Gesellschaft erfüllen. Und das französische Militär wird in Umfragen regelmäßig als die Institution genannt, der eine Mehrheit der Franzosen größtes Vertrauen schenkt – weit vor dem Parlament, politischen Parteien oder den Medien.

Sich der Debatte stellen

Der Krieg in der Ukraine zwingt Deutschland, sich im Umgang mit den eigenen Soldaten ehrlich zu machen. Der Blick auf unseren Verbündeten macht deutlich, dass die deutsche Kultur im Umgang mit Krieg und Gewalt weiterhin von Tabus geprägt und dabei ausgesprochen unehrlich ist. Davon können alle Soldaten berichten, die Ausbildungen im Ausland durchlaufen haben. Marcel Bohnert, Johannes Clair und andere Soldaten der „Generation Einsatz“ haben ihre Erfahrungen teils ausführlich öffentlich aufgearbeitet. Sie wollten eine Debatte anstoßen und dem

Leitbild der „Inneren Führung“ und der „Parlamentsarmee“ Bundeswehr gerecht werden.

Diese Debatte hat die deutsche Öffentlichkeit auch im Kontext des russischen Angriffs auf die Ukraine bisher verweigert. Das ist umso unverständlicher, als sie gleichzeitig den heroischen Widerstand der ukrainischen Soldaten feiert. Es stünde Deutschland gut zu Gesicht, in Zukunft genauer hinzuhören, wenn wohlgesonnene Beobachter wie Hodges oder Shurkin oder unsere französischen Verbündeten auf die Widersprüche im deutschen Umgang mit Militär und Krieg hinweisen. Die Frage, ob es eine „vollständig postheroische Armee“ geben kann oder ob diese ein „Widerspruch in sich“ ist, wie Marcel Bohnert gefragt hat, stellt sich heute dringlicher denn je. ■

JACOB ROSS ist Research Fellow mit dem Schwerpunkt deutsch-französische Beziehungen im Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen.



AURELIU CIOCOI, 1968 in Chişinău geboren, erwarb einen Abschluss als Journalist in seiner Heimatstadt und studierte anschließend Internationale Beziehungen in Bukarest. Seine wichtigsten Stationen als Diplomat waren Bonn, Washington, Peking und Berlin. In Deutschland ist er seit April 2022 zum zweiten Mal nach 2010 bis 2015 Botschafter der Republik Moldau. 2019/2020 war er Außenminister Moldawiens, 2020/2021 kommissarischer Ministerpräsident.

„Unsere Freiheit ist das Verdienst der Ukrainer“

Die russische Regierung versucht mit allen Mitteln, in der ehemaligen Sowjetrepublik mit ihren 2,6 Millionen Einwohnern Unruhe zu stiften und ihren Einfluss auszubauen. *loyal* sprach mit dem moldawischen Botschafter in Berlin, Aureliu Ciocoi, über die Rolle des Ukrainekriegs für sein Land und die Perspektiven seines Landes in Sachen NATO- und EU-Beitritt.

INTERVIEW: ANDRÉ UZULIS

FOTOS: STEPHAN PRAMME

Herr Botschafter, laut Süddeutscher Zeitung und NDR verfasste der Kreml im Sommer 2021 ein Strategiepapier. Darin stand, wie man prorussische Strömungen in der Republik Moldau fördern und gleichzeitig eine West-Orientierung des Landes verhindern wolle. Wie ist die sicherheitspolitische Situation in Moldawien jetzt, anderthalb Jahre nach Beginn des Krieges in der Ukraine?

Die Republik Moldau war nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine in großer Gefahr. Für uns war klar, dass nach dem Fall der Ukraine das nächste Ziel der russischen Aggression die Republik Moldau gewesen wäre. Alle Experten waren sich damals einig, dass Kyjiv in maximal zwei Wochen fällt, und dann wäre der Weg nach Chişinău, unserer Hauptstadt, frei gewesen. Die ukrainische Armee hat einen fantastischen Widerstand geleistet. Dass heute in der

Republik immer noch Frieden herrscht, haben wir auch den ukrainischen Soldaten zu verdanken, die ihr Land – aber auch unseres und ganz Europa – tapfer verteidigen. Unser Frieden und unsere Freiheit ist das Ergebnis der großartigen Leistungen der Ukrainer.

Die akute Gefahr ist vorüber, aber die hybride Kriegführung geht weiter.

Der Krieg ist da, in seiner hybriden Form. Wir sind der gesamten Palette der hybriden Kriegführung von Seiten der Russen ausgesetzt. Die Wissenschaft kann am Beispiel der Republik Moldau geradezu exemplarisch studieren, wie so etwas funktioniert. Die Angriffe sind wirklich massiv.

Wie verteidigen Sie sich dagegen?

Wir schaffen das nicht allein, aber wir haben internationale Partner wie die

Europäische Union und die USA, die uns bei der Abwehr der Cyberangriffe unterstützen. Ich kann Ihnen sagen, dass ist eine Elefantenaufgabe.

Ist der hybride Krieg Russlands der Grund, warum Ihre Regierung den Ausnahmezustand immer wieder verlängert?

Wir müssen rasch auf russische Propaganda und auf Cyberangriffe beispielsweise auf die Infrastruktur reagieren können. Deshalb gilt nach wie vor der Ausnahmezustand. Die Regierung kann dadurch Maßnahmen ergreifen, ohne dass das Parlament befragt werden muss. In der momentanen Situation ist das leider noch unumgänglich.

Begründet wurde der Ausnahmezustand zunächst damit, dass die Energieversorgung sichergestellt werden musste. ▶

Moldawien war zu Beginn des Krieges zu hundert Prozent von russischen Gaslieferungen und zu 90 Prozent von russischem Strom abhängig.

Noch im Oktober 2021 hatten wir einen Liefervertrag mit Gazprom unterzeichnet. Doch hat sich Gazprom nach dem Beginn des Krieges als nicht verlässlicher Partner gezeigt. Die letzten beiden Winter waren deshalb sehr schwer für uns. Wir mussten schnellstens eine andere Lösung finden. Dank der finanziellen Unterstützung der EU und auch der USA konnten wir Gas auf den europäischen Märkten einkaufen, wir sind inzwischen auch an das europäische Stromnetz angeschlossen, sodass die Republik Moldau diese schwierige Phase gemeistert hat.

Welche Rolle spielt bei der russischen Aggression das abtrünnige Transnistrien, das sich im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion 1990 bis 1992 von Moldawien abgespalten hat und seitdem als Vorposten Moskaus gilt?

Die transnistrische Region Moldaus, wie wir sagen, ist völkerrechtlich integraler Bestandteil Moldaus, auch wenn es zur Zeit nicht unter Kontrolle der moldawischen Behörden ist. Nicht einmal Russland erkennt dieses Gebilde als eigenständigen Staat an. Die Region befindet sich aber de facto unter Kontrolle der Russischen Föderation. Sie ist Beute eines Wirtschaftsunternehmens namens Sheriff, das 1993 von zwei KGB-Agenten gegründet wurde und das die transnistrische Region Moldaus beherrscht. Die sogenannte Regierung, das sogenannte Parlament und die gesamte Verwaltung sind abhängig von Sheriff. Wir in der Republik Moldau sprechen deshalb manchmal von „Sheriff-Land“.

Für Sheriff hat sich die Situation nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine nicht gerade verbessert.

Die Ukraine hat im Februar vergangenen Jahres die Grenze sofort geschlossen. Bislang hat Sheriff den Hafen Odessa für den Export genutzt, das ist seitdem vorbei. Die sitzen jetzt in der Falle, wenn Sie so wollen. Das eröffnet



„Transnistrien ist die Beute eines Wirtschaftsunternehmens namens Sheriff, das 1993 von zwei KGB-Agenten gegründet wurde.“

Chancen, den seit 30 Jahren eingefrorenen Transnistrien-Konflikt endlich politisch lösen zu können.

Welche Rolle spielt das gigantische russische Munitionsdepot in Transnistrien? Dort sollen noch etwa 25.000 Tonnen Munition lagern. Ursprünglich waren es mal 50.000 Tonnen. Zum Teil stammt die Munition auch aus Beständen der DDR, die nach der deutschen Wiedervereinigung irgendwo in Russland vernichtet werden sollte, am Ende aber bei uns gelandet ist und dort noch immer liegt – seit mehr als 30 Jahren. Wir gehen davon aus, dass der Wert dieser Munition gering ist, weil sie das Verfallsdatum längst überschritten hat. Auch kann Russland das Zeug nicht außer Landes schaffen, weil die Ukraine dazwischen liegt und die Republik Moldau die Ausfuhr natürlich auch nicht genehmigt. Das Depot ist auch ein Grund, warum Russland in der transnistrischen Region Moldaus ungefähr 1.500 Soldaten illegal stationiert hat.

1999 hatte der russische Präsident Boris Jelzin zugesagt, die Truppen und die Munition abzuziehen.

Die Republik Moldau war für die Russen schon damals eine Geisel in einem großen geopolitischen Spiel. Deshalb wurde die Munition nie weggeschafft, deshalb stehen bis heute völkerrechtswidrig russische Truppen in unserem Land.

In Transnistrien, das knapp anderthalb mal so groß ist wie Luxemburg, leben rund 375.000 Menschen. Verstehen sie sich eigentlich als Moldawier oder als Russen?

Die Mehrheit sind Moldawier. Historisch gesehen leben bei uns aber viele Russen, oft mit ukrainischen Wurzeln. Hinzu kam, dass sich zu Sowjetzeiten viele ehemalige Offiziere der Roten Armee in der Region niedergelassen haben. Es war für sie angenehm, im Osten der Republik Moldau zu leben, wo viele Menschen Russisch sprechen, ein mildes Klima herrscht, die Landschaft schön ist und wo es eine hervorragende

de Küche gibt. Es war für die Russen so etwas wie Mallorca für die Deutschen. Es ist Aufgabe der moldawischen Regierung, diese Menschen zu überzeugen, dass sie Teil der Republik Moldau sind, in der sie ihre eigene Kultur pflegen können, von denen wir aber auch Loyalität erwarten.

Welche Rolle spielt Ihr Nachbar Rumänien für Moldawien?

Eine sehr große. Ohne Rumänien wären die Kosten des Widerstands unserer Bürger ungleich höher. Mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine waren unsere Märkte im Osten plötzlich nicht mehr zugänglich. 20 Prozent unserer Exporte waren davon betroffen. Rumänien ist eingesprungen und hat diese Exporte übernommen. Rumänien hat auch eine Schlüsselrolle bei der Neuausrichtung der moldawischen Energieversorgung und unterstützt uns bei unserem Wunsch, EU-Mitglied zu werden.

Kulturell gibt es ja ohnehin wenige Unterschiede zwischen Rumänien und der Republik Moldau.

Richtig. Wir sprechen dieselbe Sprache. Meine Muttersprache als Moldawier ist Rumänisch. Eine eigene moldawische Sprache gibt es nicht, das war eine Erfindung Stalins, um uns damals als Sowjetmenschen zu unterscheiden von den Rumänen. Dabei gibt es nicht mal einen moldawischen Dialekt. Wir sind im Grunde ein Volk, das in zwei Ländern lebt.

Ihr Ministerpräsident Dorin Recean hat Ende Mai auf dem Black Sea und Balkans Security Forum in Bukarest einmal mehr den Wunsch der Republik Moldau bekräftigt, EU-Mitglied zu werden. Wenige Tage später sind 75.000 Moldawier in Chişinău für einen EU-Beitritt auf die Straße gegangen. Wie realistisch ist dieser Wunsch?

Im Juni vergangenen Jahres erhielten wir zusammen mit der Ukraine den Kandidatenstatus. Es ist kein Geheimnis, dass das zunächst mehr eine symbolische Entscheidung war, um uns und der Ukraine Mut zu machen. Für uns ist



„Wir haben 2,6 Millionen fleißige Einwohner. Ein solch kleines Land kann schnell modernisiert und europäisiert werden.“

das nichtsdestotrotz eine Verpflichtung, die notwendigen Reformen durchzuführen, um die EU-Reife zu bekommen. Denn die EU wird kein Land aufnehmen, das nicht reif für die Union ist. Wir stehen vor der riesigen Herausforderung, der EU zu zeigen, dass wir in der Lage sind, die Reformen schnellstmöglich umzusetzen. Es gilt, einen Katalog von 33 Politikfeldern zu bearbeiten. In der Republik Moldau ist der weit überwiegende Teil des politischen Spektrums bereit, diesen Weg zu gehen. Sogar die prorussischen Parteien bei uns sehen die Zukunft Moldaus in der EU.

Wann sehen Sie den EU-Beitritt?

Hoffentlich bis 2030. Wir haben 2,6 Millionen fleißige Einwohner. Ein solch kleines Land kann schnell modernisiert und europäisiert werden.

Strebt die Republik Moldau auch in die NATO?

Mit der Verfassungsänderung im Jahr 1994 ist die Republik Moldau militärisch neutral. Neutralität bedeutet jedoch nicht, dass es an internationaler Zusammenarbeit zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit mangelt. Daher ist die Republik Moldau dabei, die Partnerschaft mit der NATO im Rahmen des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ sowie mit anderen Partnern intensiv zu stärken. Unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Region muss mein Land seine Nationalarmee so schnell wie möglich auf die bestehenden internationalen Standards modernisieren und zu einer Streitmacht werden, die in der Lage ist, die Sicherheit und territoriale Integrität zu verteidigen. Zu den Aussichten eines NATO-Beitritts kann ich nur sagen, dass diese von den direkten militärischen Bedrohungen abhängen, denen die Republik Moldau ausgesetzt sein wird. Sollte sich herausstellen, dass die Risiken unmitelbar bestehen, schließe ich nicht aus, dass wir auf eine Überprüfung des militärischen Neutralitätsstatus des Landes zurückgreifen könnten. Dies mit Zustimmung der absoluten Mehrheit der Bevölkerung. ■

ZAHL DES MONATS

138

Kampffjets vom Typ Eurofighter besitzt die Bundeswehr. Der Eurofighter ist das Rückgrat der deutschen Kampfflugzeugflotte. Das allwetterfähige Mehrzweckkampfflugzeug kann in der Luftverteidigungsrolle (Luft/Luft) und in der Luftangriffsrolle (Luft/Boden) eingesetzt werden. Der Eurofighter ist ein Einsitzer, er wiegt beim Start maximal 23,5 Tonnen und ist knapp 16 Meter lang. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt Mach 2,35. Die Zelle ist für eine Belastung von bis zu 9G ausgelegt. Ein Teil der Eurofighterflotte soll nun in der Tornado-Nachfolge bis 2030 für den elektronischen Kampf gerüstet werden. **uz**

BALKAN

Bundeswehr bleibt in Bosnien

Die Bundeswehr soll sich weiterhin an der EU-Mission in Bosnien EUFOR Althea beteiligen. Wie bislang sind dafür 50 Bundeswehrsoldaten in dem Balkanland vorgesehen. Die Soldaten bilden bosnische Streitkräfte aus, helfen bei der Schaffung eines sicheren Umfelds und nehmen Führungs-, Verbindungs- und Beratungsaufgaben wahr.

Zentrale Aufgabe von EUFOR Althea ist die Unterstützung der Umsetzung des Dayton-Friedensabkommens von 1995. Seither haben keine Kampfhandlungen in

Bosnien mehr stattgefunden. „Dennoch ist es bislang nicht gelungen, starke gesamtstaatliche Institutionen zu etablieren“, schreibt die Bundesregierung in ihrem Beschlussantrag. EUFOR Althea bleibe als Garant für die Stabilität in Bosnien essenziell. Das neue Mandat ist befristet bis Juni 2024. Die Zustimmung des Bundestags stand zum Redaktionsschluss noch aus, gilt aber als Formsache. **uz**

NATO

Größte Verlegeübung

Koordiniert von der Luftwaffe der Bundeswehr hat die NATO die größte Verlegeübung ihrer Luftstreitkräfte seit ihrem Bestehen durchgeführt. Bei „Air Defender 2023“ kamen 250 Flugzeuge mit bis zu 10.000 Übungsteilnehmern aus 25 Nationen zum Einsatz. Kern der Übung war die rasche Verbringung US-amerikanischer Luftstreitkräfte nach Europa. Die USA stellten mit 100 Flugzeugen den Großteil der Kräfte zu dem Großmanöver. **bm**

NATO



Bundeswehr schützt Gipfel

Auf Anfrage der NATO stellt Deutschland zum Schutz des NATO-Gipfels in Vilnius am 11. und 12. Juli Patriot-Flugabwehrsysteme. Die Waffen, die zuletzt noch in der Slowakei stationiert waren, werden dazu nach Litauen verlegt. Die Staats- und Regierungsspitzen der Allianz sowie die Außen- und Verteidigungsminister kommen in der litauischen Hauptstadt zusammen, um über eine neue Streitkräftestruktur der NATO zu beraten.

Deutschland ist mit dem baltischen Land auch aufgrund seines militärischen Engagements eng verbunden. Seit Anfang 2017 ist Litauen Gastgeberation der von Deutschland geführten multinationalen enhanced Forward Presence Battlegroup in Rukla zur Sicherung der NATO-Ostflanke. Darüber hinaus wurde in Rukla ein vorgeschobener Gefechtsstand eingerichtet, der Übungen und den möglichen Einsatz einer Kampfbrigade aus Deutschland vorbereitet. **uz**

neu!

loyal jetzt auch in Social-Media

Die loyal-Redaktion berichtet über aktuelle Themen aus der Sicherheitspolitik, der Bundeswehr und dem Reservistenverband.



Folgen und liken Sie uns – auf Twitter, Instagram und Facebook –

@loyalmagazin



DEUTSCHLAND

Högl will Musterung wieder einführen

Mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr hat die Wehrbeauftragte Eva Högl vorgeschlagen, künftig alle jungen Männer und Frauen eines Jahrgangs zur Musterung einzuladen, um die jungen Frauen und Männer auf ihre Wehrdienstfähigkeit zu untersuchen und sie bei dem Termin auf die Möglichkeiten eines freiwilligen Dienstes hinzuweisen. Die SPD-Politikerin sprach sich zugleich gegen eine Rückkehr zur Wehrpflicht aus. Aber die Idee eines verpflichtenden „Dienstjahres für Deutschland“, das im zivilen oder militärischen Bereich abgeleistet werden könne, finde sie „diskussionswürdig“. Weiter hofft Högl auf mehr Offenheit gegenüber der sicherheitspolitischen Bildungsarbeit der Jugendoffiziere an Schulen. Wenn diese vor Schülern sprächen, sei das „keine aggressive Werbung, sondern klärt über die Arbeit der Bundeswehr auf“, so die Wehrbeauftragte. **uz**

FRANKREICH

Militär-Planungsgesetz

Die französische Nationalversammlung hat das neue „loi de programmation militaire“ für die Jahre 2024 bis 2030 verabschiedet. Es sieht für diesen Zeitraum Investitionen in Höhe von 413 Milliarden Euro in die Französischen Streitkräfte vor. Diese umfassende, langfristige Finanzplanung zu militärischen Fähigkeiten soll ein kohärentes Streitkräfteprofil ermöglichen. Das erste Programmgesetz von 1960 hatte das Kernziel, den kostenintensiven Aufbau der französischen Atomstreitmacht abzusichern. Das neue Gesetz legt seinen Fokus auf die Rüstung für Weltraum, Cyber und die Operationsführung am Meeresboden, so das Verteidigungsministerium. Frankreich erfüllt damit ab 2025 das Zwei-Prozent-Ziel der NATO. **bm**

CHINA

Pistorius: Peking soll Trainings beenden

Verteidigungsminister Pistorius hat die Volksrepublik China aufgefordert, das Training von chinesischen Kampfpiloten durch ehemalige Bundeswehrsoldaten zu stoppen. Er reagierte damit auf Medienberichte, wonach ehemalige Piloten der Luftwaffe in China Kampfpiloten ausbilden.

„Ich habe deutlich gemacht, dass ich erwarte, dass diese Praxis unverzüglich beendet wird, und habe ihm klar gemacht, dass er sicherlich nicht amüsiert wäre, wenn ich das meinerseits probieren würde“, sagte Pistorius nach einem Gespräch mit seinem chinesischen Kollegen Li Shangfu. Der chinesische General habe verhalten auf die Aufforderung zum Stopp des Ausbildungsprogramms reagiert. „Er hat es nicht bestritten, hat aber die Bedeutung relativiert aus seiner Perspektive“, sagte Pistorius. **uz**

ANZEIGE

STEUER RING
Wir machen Ihre Steuererklärung

Rundum-Service zum fairen Preis!

Meine Steuererklärung lasse ich machen.

FAIRER PREIS. SCHNELLE HILFE. ENGAGIERTE BERATER.

In Partnerschaft mit **RSG. Reservisten Service GmbH**

→ www.steuerring.de

Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e.V. (Lohnsteuerhilfverein)
Wir erstellen Ihre Steuererklärung – für Mitglieder, nur bei Arbeitseinkommen, Renten und Pensionen.

Warme Socken in der Zeitenwende

Der ZEIT-Journalist Hauke Friederichs hat ein Buch über die Geschichte der Bundeswehr geschrieben, das bis in die aktuelle Epoche der Zeitenwende reicht. Die Bundeswehr, so arbeitet der Autor heraus, war und ist ein Spielball der Politik. *loyal* sprach mit ihm über ein ungeliebtes Kind der Demokratie.

INTERVIEW:
ANDRÉ UZULIS

Warum ein neues Buch zur Geschichte der Bundeswehr?

Die meisten populären Fachbücher hören in den 2000er-Jahren auf, die Geschichte der Bundeswehr zu erzählen. Sie erschienen 2005 zum Jubiläum. Seitdem ist viel passiert, nicht nur die Zeitenwende, sondern auch die Fokussierung der deutschen Sicherheitspolitik auf Auslandseinsätze und der damit verbundene Umbau der Truppe. Dazu hat das Aussetzen der Wehrpflicht die Bundeswehr verändert.

Ihr Buch heißt „Spielball der Politik“. Das klingt abwertend für eine Armee, die von vorneherein als Parlamentsarmee konzipiert ist und für die der Primat der Politik gilt. Warum haben Sie diesen Titel gewählt?

Bereits die Gründung der Bundeswehr zeigt, dass sie oft ein Spielball der Politik war. Die westdeutschen Streitkräfte wurden Ende 1955 aufgestellt, um außenpolitische Ziele zu erreichen. Der erste Verteidigungsminister Theodor Blank sagte vor dem Parlament damals: „Die Bundesregierung ist sich der Schwierigkeiten und der Bedeutung der vor ihr stehenden Aufgaben bewusst. Sie hätte den Weg, der jetzt beschritten wird, die Aufstellung von Streitkräften, gern vermieden, wenn sich eine andere Möglichkeit gezeigt hätte.“ Die Bundeswehr entstand, damit die Bundesrepublik in die NATO



Hauke Friederichs (43) recherchiert und schreibt seit vielen Jahren über sicherheitspolitische Themen. Seit Januar ist er sicherheitspolitischer Korrespondent von ZEIT ONLINE.

aufgenommen wurde, die Westanbindung gelingen konnte. Auch in späteren Jahrzehnten erhielten die Streitkräfte von der Politik immer wieder Aufgaben, die nicht primär militärisch waren. 1990 sollte sie als „Armee der Einheit“ als Vorzeigeprojekt für die Wiedervereinigung dienen. Dann schickten Regierung und Parlament die Soldatinnen und Soldaten in viele Auslandseinsätze, mit denen Deutschland auch zeigen wollte, dass es einen ständigen Platz im Weltsicherheitsrat verdient. Warum sind die deutschen Soldaten aktuell noch in Mali? Weil das Außenministerium fürchtet, ein Abzug könnte die UN verärgern – obwohl Frankreich und andere Partner bereits ihr Militär abgezogen haben.

Welches waren rückblickend die einschneidendsten Ereignisse oder Veränderungen für die Truppe?

Stark verändert haben die Bundeswehr sicherlich die Auslandseinsätze mit robustem Mandat, vor allem die Missionen in Afghanistan. 1990 kam ihr der Gegner abhandeln, aus einigen Kontrahenten aus Zeiten des Kalten Krieges wurden Verbündete. Statt um Landes- und Bündnisverteidigung ging es dann darum, Sicherheit weit außerhalb des NATO-Gebiets zu schaffen. Dafür war ein Großteil der Truppe nicht ausgebildet und nicht ausgerüstet. Die Aufnahme von Frauen in die Kampftruppe und das Aussetzen der Wehrpflicht waren weitere Ereignisse, die das Innenleben der Bundeswehr stark verändert haben.

„Entscheidungen, mit andauernder Wirkung auf die Bundeswehr werden recht schnell getroffen.“

Sie sprechen von einer kurzfristigen und fehlgeleiteten Sicherheitspolitik in Deutschland. Woran machen Sie das fest?

Es fehlt auf der einen Seite eine langfristige außen- und sicherheitspolitische Strategie, auf der anderen Seite werden Entscheidungen mit andauernden Auswirkungen auf die Bundeswehr recht schnell getroffen. Als es so aussah, dass Deutschland nur noch von Freunden umgeben sei, baute die Politik die Bundeswehr zur Interventionsarmee um, kürzte die Mittel für Ausstattung und Personal. Die Landes- und Bündnisverteidigung erhielt eine unbedeutende Nebenrolle. Kampfpanzer wurden ins Ausland verkauft, sie gingen beispielsweise an Singapur. Der Kleinstaat in Asien hatte bald fast genauso viele Kampfpanzer wie die Bundeswehr. Andere Staaten hingegen lagerten Rüstungstechnik ein, um auf eine Änderung der weltpolitischen Lage vorbereitet zu sein. Dass Russland unter Putin weniger freundlich auftrat als zu Zeiten Jelzins, wurde in Deutschland und anderen westlichen Staaten ignoriert.

Welches waren die größten Fehler der Politik in Bezug auf die Bundeswehr in den vergangenen 20 Jahren?

Russlands Griff nach Teilen Georgiens 2008 und die Annexion der Krim 2014, sowie der hybride Krieg in der Ostukraine führten nicht dazu, dass die Bundeswehr zeitnah darauf vorbereitet wurde, wieder die alten Aufgaben aus dem Kalten Krieg zu übernehmen, die Landes- und Bündnisverteidigung. Das geschah erst 2022. Zu diesem Zeitpunkt waren die Streitkräfte nicht in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zur Verteidigung des eigenen Landes zu leisten. So existiert die Flugabwehr kaum noch, abgesehen von knapp einem Dutzend Patriot-Systemen, und die Munitionsdepots sind fast leer. Aus Kostengründen wurde die Heeresflugabwehr aufgelöst und der Luftwaffe ohne geeignetes Gerät die Aufgabe übertragen. Fähigkeitslücken wurden bewusst in Kauf genommen. Die Bundeswehr hat weder genügend finanzielle Mittel erhalten noch genügend politische Aufmerksamkeit. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt nun, was der Bundeswehr alles fehlt.



Hauke Friederichs

Spielball der Politik.

Eine kurze Geschichte der Bundeswehr

dtv, 352 Seiten, 26 Euro

Wie bewerten Sie die für die ausgerufene Zeitenwende?

Wie nachhaltig die Zeitenwende ist, muss sich noch zeigen. Bis 2024 soll Deutschland ein wichtiges Ziel erreichen, das von den NATO-Staaten vereinbart wurde: das Aufwachsen des nationalen Verteidigungsetats auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Bundesrepublik ist davon weit entfernt, trotz des 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens. Wie weit die Zeitenwende fortgeschritten ist, wird sich auch daran zeigen, wie gut die Bundeswehr ausgestattet wird. Die Wehrbeauftragte Eva Högl sagte im Interview mit mir Ende 2022, dass die Soldaten nun wenigstens warme Socken erhalten hätten – bis dahin war sonst wenig Zeitenwende bei der Truppe angekommen. Immerhin, das zeigen Umfragen, unterstützen die Deutschen es, dass die Bundeswehr wieder fit für Landes- und Bündnisverteidigung gemacht wird.

Und das Sondervermögen für die Bundeswehr?

Es ist gut, dass die Bundeswehr mehr finanzielle Mittel erhält. Sie müssen nun auch rasch genutzt werden. Von den 100 Milliarden sind vermutlich nur noch 85 Milliarden übrig, weil die Zinsen damit bezahlt werden müssen. Das Geld auszugeben, dauert sehr lange. Immerhin soll noch in diesem Jahr die Luftverteidigung entschieden gestärkt werden. Bislang sehe ich mehr Kleckern als Klotzen. Der Kauf von Material muss beschleunigt werden. ■

BUCHTIPPS
DER LOYAL-REDAKTION

Sommerzeit – Lesezeit

Der Urlaub steht vor der Tür. Zeit, mal wieder nach einem guten Buch zu greifen. *loyal* stellt Neuerscheinungen vor, die die Redaktion überzeugt haben. Eines der empfehlenswerten Bücher verlosen wir.

Die Blindheit des Westens

Stefanie Babst hat 20 Jahre lang als Strategin für die NATO gearbeitet. Sie leitete unter anderem ein Team, das frühzeitig Krisen erkennen und Reaktionspläne erarbeiten musste. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine war für die Politikwissenschaftlerin keine Überraschung – sie ahnte, worauf die aggressive Politik Wladimir Putins zusteuert. So heißt ihr Buch denn auch „Sehenden Auges“. So sehr Experten wie sie wussten, was da kommen würde, so blind waren die Regierungen vieler Staaten in Bezug auf Russland. Vor allem Deutschland unter den Bundeskanzlern Schröder und Merkel konnte oder wollte die wahre Natur der Putin'schen Politik nicht erkennen.

In ihrem Buch gewährt NATO-Strategin Babst Einblicke in das Innere des Bündnisses. Ihr

Deutsche Kriegsfreiwillige in der Ukraine

Ex-Bundeswehrosoldaten kämpfen für die Ukraine. Nun gibt es erstmals die Erlebnisse eines von ihnen in Buchform, und sie sind lesenswert. Panzergrenadier Jonas Kratzenberg – Kampfname „Kaiser“ – schloss sich nach Kriegsbeginn der Internationalen Legion an, verließ diese dann und trat in die ukrainischen Landstreitkräfte ein, bis er Ende vergangenen Jahres schwer verwundet wurde. Was Kratzenberg schildert, ist ein prägnantes Schlaglicht auf die Einsatzrealität internationaler Kriegsfreiwilliger und die Rolle der internationalen Legion in der ukrainischen Kriegsführung. Diese fällt ernüchternd aus. Die Legionäre werden unter dem Kommando eines Ex-Kriminellen auf den Kriegseinsatz vorbereitet. Als Korsettstangen für ihre Einheiten setzen die Ukrainer Belarussen ein, da das Vertrauen in die anderen internationalen Soldaten fehlt. „Schützenhilfe“ ist ein wertvoller Mosaikstein zum besseren Einblick in das Kriegsgeschehen.



Jonas Kratzenberg

Schützenhilfe

Für die Ukraine im Krieg
– ein deutscher Soldat
berichtet von der Front
Yes Publishing
224 Seiten, 22 Euro

Kompakte Information zu Europas Osten

Mit der Reihe „Wegweiser zur Geschichte“ bietet das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) seit 2005 kompakte Informationen zu Einsatz- und Krisengebieten in einem handlichen Format an. Jetzt ist in der Reihe der Band „Ukraine und Ostmitteleuropa“ erschienen. Das bewährte Konzept findet sich auch in diesem Buch: Gut verständliche Fakten, Hintergründe und Analysen, ergänzt durch eine Vielzahl von Fotos. In drei Abschnitten gehen die Autoren – allesamt ausgewiesene Experten – auf die historischen Entwicklungen, die aktuellen Konflikte und die Besonderheiten der NATO-Ostflanke ein. Länderinformationen, eine Zeittafel und ein ausführliches Literaturverzeichnis mit Tipps für weiterführende Lektüre runden den Band ab. Nirgends sonst findet sich so viel Sach- und Fachwissen zu Ostmitteleuropa in verständlicher Sprache attraktiv aufbereitet auf überschaubarem Raum wie hier.



Wegweiser zur Geschichte

Ukraine und Ostmitteleuropa

Verlag Brill/Schöningh,
360 Seiten, 24,90 Euro

175 Jahre Marine

Deutschland blickt in diesem Sommer auf 175 Jahre Marinegeschichte unter den Farben Schwarz-Rot-Gold zurück. Am 14. Juni 1848 bewilligte die in der Frankfurter Paulskirche tagende erste deutsche Nationalversammlung sechs Millionen Taler für den Aufbau einer Reichsflotte. Lange hatte diese erste gesamtdeutsche Marine nicht Bestand, aber sie begründete immerhin eine historische Linie, die für die Seestreitkräfte der Bundesrepublik bis heute von Bedeutung ist. Der 14. Juni wird nach wie vor als Marinegeburtstag gefeiert. Auch die Deutsche Marine unserer Tage ist – wie jene des Jahres 1848 – eine Parlamentsmarine.

Aus Anlass des 175. Jahrestags der Marinegründung hat der Historiker und Journalist Guntram Schulze-Wegener, Fregattenkapitän d.R., seine vor einigen Jahren erschienene illustrierte Marinegeschichte kom-



**Gewinn-
spiel!**

Appell, Russland endlich mit Geschlossenheit und Stärke zu begegnen, scheint dagegen schon fast überholt. Die Zahl der Putin-Freunde in Europa ist arg geschrumpft – und das ist gut so. Aber bis Putins Russland in der Ukraine besiegt ist, bedarf es noch gewaltiger Anstrengungen und einer Geschlossenheit des Westens wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr.



Stefanie Babst

Sehenden Auges.

Mut zum strategischen Kurswechsel

dtv, 288 Seiten,

24 Euro



**Botschafter der Deutschen Marine:
das Segelschulschiff Gorch Fock.**

plett überarbeitet. Herausgekommen ist ein aktuelles, großformatiges und reich bebildertes Buch über die Geschichte der deutschen Marinen (und ihrer Vorläufer) von 1848 bis heute, das Maßstäbe setzt. Marineinspekteur Jan Christian Kaack hat ein Vorwort dazu beigeuert.



**Guntram Schulze-
Wegener**

**Deutschland zur
See**

175 Jahre Marine

Mittler-Verlag, 239

Seiten, 44,95 Euro

Foto: Bundeswehr / PIZ

Ein besonderes Gremium: Der Verteidigungsausschuss

Der Verteidigungsausschuss des Bundestags ist ein zentrales Instrument der Kontrolle der Parlamentsarmee Bundeswehr. Er kann nicht vom Parlament aufgelöst werden, und als einziger Bundestagsausschuss kann er sich selbst als Untersuchungsausschuss einsetzen. In einer einzigartigen Langzeituntersuchung hat der frühere Bundeswehr-offizier Wolfgang Geist die Stellung des Verteidigungsausschusses in einem sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Umfeld beleuchtet. Geists Buch ist zugleich seine Doktorarbeit, die er bei dem Militärhistoriker Sönke Neitzel an der Universität Potsdam geschrieben hat.

Der Autor arbeitet heraus, wie sehr der Verteidigungsausschuss in seiner Rolle und Bedeutung von den jeweiligen Bundeskanzlern und Verteidigungsministern abhing. Adenauer beispielsweise wollte den Einfluss des Bundestags auf die Bundeswehr möglichst gering halten, die Beteiligung musste daher aus dem Parlament heraus gegen die Bundesregierung durchgesetzt werden. Fraktionsübergreifend waren die Abgeordneten gewillt, die neuen Streitkräfte fest im demokratischen Staat zu verankern. Dazu gehörte nicht nur die Kontrolle des Bundestags vor allem mithilfe des Verteidigungsausschusses, sondern auch die Schaffung des Amtes des Wehrbeauftragten und das Soldatengesetz.

Nach den Turbulenzen im Zusammenhang mit der Aufstellung der Bundeswehr 1955 arbeitete der Ausschuss im Kalten Krieg weitgehend reaktiv. Oft ging es – damals wie heute – um Rüstungsthemen und um Skandale. Durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr bekam der Ausschuss dann ab 1990 die bedeutende Funktion, die er bis heute hat.



Wolfgang Geist

**Vom Stubendienst bis
Afghanistan**

Der Verteidigungsausschuss in der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik

Campus-Verlag, 374 Seiten,

45 Euro

Mutmacher

Peter Tauber war von 2018 bis 2021 Verteidigungsstaatssekretär, ehe er sich krankheitsbedingt aus dem Amt und aus der Politik zurückzog. Tauber kennt also Schicksalsschläge aus eigener leidvoller Erfahrung. In seinem neuen Buch porträtiert er Menschen, deren Leben auf unterschiedliche Weise eine Wendung genommen hat, mit der sie nicht gerechnet hatten – Wendungen, die das Bisherige infrage stellten. Wie geht ein Mensch mit solchen existenziellen Herausforderungen um? Auch Bundeswehrsoldaten stehen vor dieser Frage. Theoretisch, bevor sie in einen Einsatz gehen. Und ganz praktisch, wenn sie durch ihren Dienst an der Gemeinschaft ein Leiden davontragen, das sie für den Rest ihres Lebens zeichnet. Peter Tauber stellt in seinem Buch drei Soldaten vor, die sich zurück ins Leben gekämpft haben und die mit dieser Leistung all jenen Mut machen, die vor schweren Prüfungen stehen, in denen es vielleicht sogar um Leben und Tod geht.

loyal verlost drei Exemplare des Buchs. Schreiben Sie uns bis 31. Juli 2023 einfach eine Mail mit ihrem Namen und Ihrer Anschrift, wenn Sie teilnehmen möchten:

loyal-magazin@fazit.de



Peter Tauber

Mutmacher

Was uns endlich wieder nach vorne schauen lässt

bene! Verlag,

192 Seiten,

20 Euro



SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Wenn es darauf ankommt, sind wir an Ihrer Seite.

Ausrüstungsgegenstände verloren? Fahrzeug beschädigt? Ein Missgeschick im Dienst ist schnell passiert. Wenn Sie dafür vom Dienstherrn in Haftung genommen werden, sind wir an Ihrer Seite. Mit der Dienst- und Amtshaftpflicht der PVAG.

Generalagentur Michael König
Meldorfer Straße 141, 25746 Heide
Telefon 0481 12370202
Mobil 0172 8529545
michael.koenig@signal-iduna.net

Alle Marken, alle Modelle - zu Top Preisen

- ✓ Exklusive Rabatte für RSG-Mitglieder
- ✓ Leasing, Finanzierung, Barkauf & Abo
- ✓ Persönliche Beratung & Haustürlieferung



Ihr Weg zum Wunschfahrzeug

Einfach, schnell und völlig digital

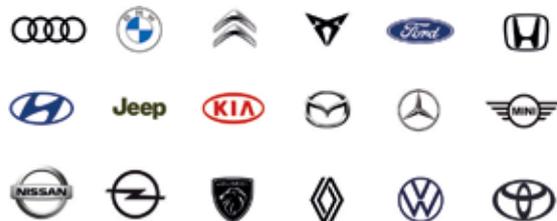
- 1 Greifen Sie über das Service-Portal www.reservisten-service.de/auto auf den Neuwagen-Konfigurator zu
- 2 Wählen Sie Ihr Wunschfahrzeug aus und senden Sie uns eine unverbindliche Anfrage
- 3 Lassen Sie sich von unseren CarCoaches persönlich beraten - stets markenunabhängig und kostenlos
- 4 Ihre Bestellung und der Vertragsabschluss erfolgen völlig digital. Das Fahrzeug liefern wir auf Wunsch zu Ihnen nach Hause

Bei uns sind Sie in guten Händen



Riesige Markenvielfalt

Bei uns finden Sie das Auto, das zu Ihnen passt



Haben Sie Fragen? Wir helfen Ihnen gerne weiter

MeinAuto Vorteilsclub | MeinAuto GmbH, Gustav-Heinemann Ufer 72, 50968 Köln
Tel: 0221 29 28 31-600 | E-Mail: service@meinautovorteilsclub.de

In Partnerschaft mit:

 **RSG** • Reservisten Service GmbH

MILITÄR
HISTORISCHES
MUSEUM

Dresden

National Archives (558590)

OVERKILL

MILITÄR - TECHNIK - KULTUR
IM KALTEN KRIEG

16.06.2023 - 30.06.2024



BUNDESWEHR